



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland zur
Jahresmitte 2022

Jahrgang 73 (2022) Heft 3

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2022

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2022

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland zur
Jahresmitte 2022**
Jahrgang 73 (2022)

Heft 3



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Inflationsschub lässt Produktion zurückgehen

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Daniela Grozea-Helmenstein, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch, Philip Schacht und Klaus Weyerstraß

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Hohe Inflation und Unsicherheit belasten die Weltwirtschaft.....	9
2. Kräftiger Preisanstieg belastet die Konjunktur	19
3. Konjunkturerholung erst ab dem Frühjahr	21
3.1 Nachholeffekte beim Dienstleistungshandel schwächen sich ab	25
3.2 Ausrüstungsinvestitionen vor schwachem Winter	25
3.3 Bauinvestitionen leiden unter steigenden Preisen	26
3.4 Große Konsumzurückhaltung bei privaten Haushalten	30
3.5 Moderate Ausweitung des Staatskonsums.....	30
4. Rückgang der Produktion bis zum kommenden Frühjahr zu erwarten.....	31
5. Beschäftigung stagniert.....	34
6. Reallöhne längerfristig durch Inflation gedämpft	36
7. Preisanstieg verstärkt sich vorübergehend weiter	37
8. Finanzpolitik annähernd neutral.....	38
Literatur	41
Anhang	42
Kasten 1 Berichterstattung über Inflation und Inflationserwartungen der privaten Haushalte	28
Kasten 2 Stahlindustrie unter Druck	33

Inhalt

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Daniela Grozea-Helmenstein, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch, Philip Schacht und Klaus Weyerstraß

Inflationsschub lässt Produktion zurückgehen¹

Kurzfassung: Die deutsche Wirtschaft steht wie die Weltwirtschaft insgesamt unter erheblichem Druck durch die hohe Inflation, die großen Unsicherheiten, vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, die weiterhin bestehenden Störungen der globalen Lieferketten und die nach wie vor spürbaren Folgen der Corona-Pandemie. Im Ergebnis ging das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA, im Vereinigten Königreich und in China bereits im zweiten Quartal zurück, während es in Deutschland noch leicht ausgeweitet wurde.

Die Belastungen der deutschen Wirtschaft dürften in den kommenden Monaten noch weiter zunehmen. Das Ende der Gaslieferungen aus Russland erhöht das Risiko, dass die im Winter steigende Gasnachfrage durch das Angebot nicht gedeckt werden kann. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die zunehmende Gasnachfrage im Winter dazu führt, dass die Preise weiter steigen und so den Auftrieb der Verbraucherpreise verstärken. Dabei wird angenommen, dass die Einsparungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen zusammen mit einer Reduzierung der deutschen Gasexporte ausreichen, dass es zu keiner gravierenden Rationierung von Gas kommt.

Selbst in diesem Fall dürften die negativen Impulse vor allem der kräftig steigenden Gaspreise dazu führen, dass die Produktion im zweiten Halbjahr zurückgeht. Auch für den Beginn des kommenden Jahres ist noch keine vollständige Erholung zu erwarten. Erst wenn im Frühjahr die Nachfrage nach Gas sinkt und die Entspannung der Lieferketten nach und nach spürbarer wird, dürfte die Produktion wieder deutlicher ausgeweitet werden. Im Jahr 2024 werden sich die Zuwachsraten des BIP wohl wieder dem Wachstum des Produktionspotenzials annähern. Das BIP dürfte im laufenden Jahr um 1,1% ausgeweitet werden. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg von 0,8% und für das Jahr 2024 von 2,6%.

Trotz der rückläufigen Produktion dürfte der Arbeitsmarkt relativ stabil bleiben. Angesichts des für viele Unternehmen deutlich spürbaren Fachkräftemangels dürften sie weiterhin bereit sein, Einstellungen vorzunehmen, so dass die Zahl der Erwerbstätigen auch

¹ Abgeschlossen am 8.9.2022. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung und Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

im zweiten Halbjahr 2022 und zu Beginn des Jahres 2023 leicht ansteigen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird durch die Berücksichtigung der Flüchtlinge aus der Ukraine im dritten Quartal 2022 voraussichtlich von 5,1% auf 5,5% steigen und im Prognosezeitraum in etwa auf diesem Niveau verharren.

Der kräftige Anstieg der Gaspreise sowie das Durchwirken durch die Produktionsketten werden die Inflationsraten bis zum Ende des Jahres anziehen lassen. Mit dem Ende der Heizperiode dürfte der Rückgang der Nachfrage aber für eine gewisse Entlastung sorgen. Auch die sich abschwächende Konjunktur dürfte den Preisauftrieb dämpfen. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich 7,3% betragen. Für das kommende Jahr ist mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3,5% und für das Jahr 2024 von 1,6% zu rechnen.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte 2022 mit gut 45 Mrd. Euro deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr (134 Mrd. Euro), trotz einer Reihe einnahmемindernder Maßnahmen und einmaliger Transfers zur Abfederung der steigenden Gaspreise. In den folgenden Jahren dürfte das Finanzierungsdefizit geringfügig auf gut 49 Mrd. Euro im Jahr 2023 steigen. Im Jahr 2024 dürfte es auf knapp 28 Mrd. zurückgehen.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2021 bis 2024

	2021	2022 ^P	2023 ^P	2024 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	2,6	1,1	0,8	2,6
Erwerbstätige ² , in 1000	44 980	45 560	45 804	45 880
Arbeitslose ³ , in 1000	2 613	2 422	2 528	2 484
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,7	5,3	5,5	5,3
Verbraucherpreise, Veränderung in %	3,1	7,3	3,5	1,6
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	0,7	3,7	3,9	0,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-134,3	-45,2	-49,3	-27,6
in % des BIP	-3,7	-1,2	-1,2	-0,7
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	265,0	146,7	148,4	165,5
in % des BIP	7,4	3,8	3,7	3,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Summary: Like the global economy as a whole, the German economy is under considerable pressure from high inflation, major uncertainties, especially in connection with the war in Ukraine, continuing disruptions to global supply chains and the economic effects of the Corona pandemic. As a result, seasonally adjusted gross domestic product (GDP) in the USA, the UK and China already declined in the second quarter, while still expanding slightly in Germany.

The burdens on the German economy are likely to increase further in the coming months. The end of gas supplies from Russia increases the risk that rising gas demand in winter cannot be met by supply. This forecast assumes that increasing gas demand in the winter will cause prices to rise further, thus reinforcing the upward pressure on consumer prices. It is further assumed that household and business savings, together with a reduction in gas exports from Germany, are sufficient to ensure that there is no severe rationing of gas.

Nonetheless, the negative impact of sharply rising gas prices is likely to cause production to fall in the second half of the year. We do not expect of a full-fledged recovery at the beginning of the coming year. Only when demand for gas falls in spring, and as the supply chain disturbances resolve is production likely to expand more significantly again. In 2024, GDP growth rates should again approach the growth of production potential. GDP is expected to expand by 1.1% this year. Next year we expect an increase of 0.8% and in 2024 an increase of 2.6%.

Despite the decline in output, the labor market should remain relatively stable. In view of the shortage of skilled workers, which is clearly felt by many companies, the readiness to hire is still high. We expect the number of people in employment to rise slightly in the second half of 2022 and at the start of 2023. The unemployment rate is expected to rise from 5.1% to 5.5% in the third quarter of 2022 due to refugees from Ukraine and remain roughly at this level over the forecast period.

The sharp rise in gas prices and the spillover through the production chains will cause inflation to pick up by the end of this year. However, when the heating season comes to an end in Spring, the decline in demand should yield some relief. The weakening economy is also likely to dampen price increases. The average inflation rate this year is expected to be 7.3%. An average inflation rate of 3.5% is expected for next year, followed by 1.6% for 2024.

At just over EUR 45 billion, the fiscal deficit in 2022 is expected to be significantly lower than last year (EUR 134 billion), despite a number of revenue-reducing measures and one-time transfers to cushion rising gas prices. In the following years, the fiscal deficit is expected to increase slightly to a good EUR 49 billion in 2023. In 2024 it is expected to decrease to just under 28 billion Euros.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Key Forecast Data

2021 to 2024

	2021	2022 ^f	2023 ^f	2024 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	2.6	1.1	0.8	2.6
Employed persons ² , in 1000	44 980	45 560	45 804	45 880
Unemployed ³ , in 1000	2 613	2 422	2 528	2 484
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.7	5.3	5.5	5.3
Consumer prices, change in percent	3.1	7.3	3.5	1.6
Labor unit costs ⁵ , change in percent	0.7	3.7	3.9	0.9
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-134.3	-45.2	-49.3	-27.6
in percent of GDP	-3.7	-1.2	-1.2	-0.7
Current account balance ⁷				
in EUR bn	265.0	146.7	148.4	165.5
in percent of GDP	7.4	3.8	3.7	3.9

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Hohe Inflation und Unsicherheit belasten die Weltwirtschaft

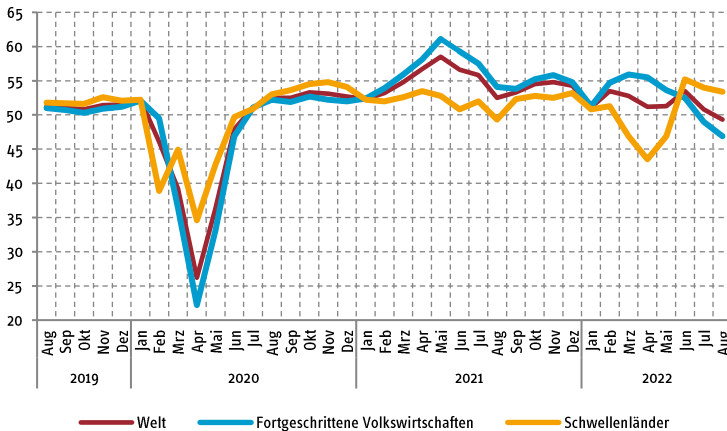
Die Weltwirtschaft steht unter erheblichem Druck durch die hohe Inflation, die großen Unsicherheiten, vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, und die nach wie vor bestehenden Störungen der globalen Lieferketten. Im Ergebnis ging im zweiten Quartal das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA, im Vereinigten Königreich und in China zurück. Gemäß Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) war auch in der Weltwirtschaft insgesamt die Wirtschaftsleistung rückläufig, vor allem wegen des kräftigen Rückgangs in China und des Einbruchs in Russland infolge der Sanktionen, die von vielen Staaten als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine verhängt wurden (IMF 2022). Im Euro-Raum stieg das BIP hingegen, wozu vor allem die Aufhebung fast aller Pandemieeindämmungsmaßnahmen beigetragen hat. In den mittel- und osteuropäischen Ländern expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr kräftig. Haupttreiber waren der Konsum von Dienstleistungen nach dem Wegfall der Corona-bedingten Einschränkungen sowie die Investitionen, auch gestützt durch EU-Mittel. In Japan wurden ebenfalls Eindämmungsmaßnahmen gelockert, und die Wirtschaftsleistung expandierte.

Im Gegensatz zu den Dienstleistungen sank die weltweite Industrieproduktion im zweiten Quartal. Ein wesentlicher Grund dafür waren Lockdowns in China, von denen auch Industrieunternehmen und Hafenanlagen betroffen waren. Dadurch brach dort die Industrieproduktion ein und die Normalisierung der globalen Lieferketten verzögerte sich weiter. In der russischen Wirtschaft sind die Auswirkungen des Krieges und der westlichen Sanktionen bereits stark zu spüren. Während die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal im Vorjahresvergleich noch um 3,5% zunahm, sank sie im zweiten Quartal um 4%. Dieser Rückgang ist größtenteils auf die eingeschränkten Technologieimportmöglichkeiten sowie Versorgungsprobleme als Folge der Sanktionen und der Entscheidung vieler internationaler Unternehmen, Russland zu verlassen, zurückzuführen. Infolgedessen sanken die Automobilproduktion, die Produktion von anderen Transportfahrzeugen und von elektrischen Geräten sowie die Produktion der Chemieindustrie kräftig. Andererseits verzeichneten einige Branchen, welche die Produktion auf Kriegswirtschaft umgestellt haben, ein starkes Wachstum. Obwohl die Gasförderung im ersten Halbjahr um 7% gegenüber dem Vorjahresniveau zurückgegangen ist, blieben die Einnahmen aus den Gasexporten wegen der stark gestiegenen Preise stabil. Um den Ausfall der Ölexporte nach Europa zu kompensieren, wurde mehr Öl nach Indien, China und in die Türkei exportiert. Damit bleiben die staatlichen Exporteinnahmen trotz des anhaltenden Preisabschlags für Öl der russischen Sorte Ural hoch.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Die Stimmung in der Weltwirtschaft, gemessen etwa anhand der Einkaufsmanagerindizes, verschlechterte sich zuletzt (Schaubild 1). Die Entwicklung in den Schwellenländern wird wesentlich durch China bestimmt. Dort sind der Einbruch und die anschließende Erholung der Stimmung wohl auf die Verhängung und anschließende Aufhebung der strikten Pandemieeindämmungsmaßnahmen zurückzuführen. Die erneute Verschlechterung am aktuellen Rand dürfte unter anderem den Problemen auf dem chinesischen Immobilienmarkt und Stromknappheiten geschuldet sein.

Schaubild 1
Einkaufsmanagerindizes weltweit
August 2019 bis August 2022



Quellen: IHS Markit, Macrobond.

Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten in weiten Teilen der Welt weiter beschleunigt. Sie erreichte in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Juni und im Juli Werte, die seit den Ölpreisschocks in den 1970er Jahren nicht mehr beobachtet wurden. So stiegen die Verbraucherpreise im Vereinigten Königreich, den USA und dem Euro-Raum um rund 10% (Schaubild 2). In den baltischen Ländern erreichte die Inflation sogar mehr als 20%. Auch in manchen Schwellenländern erreichte die Inflation sehr hohe Werte, etwa rund 80% in der Türkei. Hauptinflationstreiber sind nach wie vor die Energie- und Lebensmittelpreise. Allerdings hat sich die Kerninflation, also die ohne Energie- und Lebensmittelpreise berechnete Inflation, ebenfalls spürbar beschleunigt. Dies gilt auch für den Euro-Raum (Schaubild 3). In der OECD erreichte sie im Juli 6,9%, nachdem sie ein Jahr zuvor weniger als halb so hoch gewesen war. Auch die Inflationserwartungen haben sich in manchen Ländern

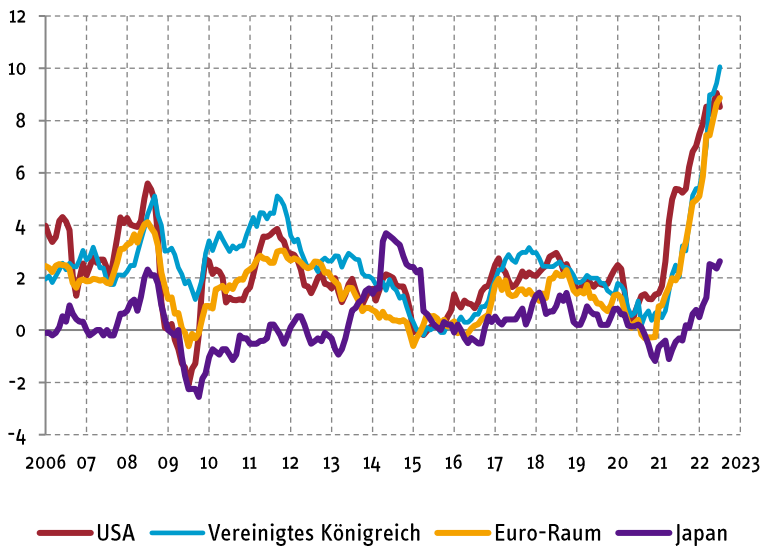
RWI Konjunkturbericht 73 (3)

erhöht. Der Krieg in der Ukraine, Probleme in den Lieferketten, Angebotsengpässe und die Normalisierung der Nachfrage zurück zu den Dienstleistungen haben zu diesem Preisauftrieb beigetragen. Darüber hinaus bestehen vielerorts Angebotsengpässe auf dem Arbeitsmarkt.

Schaubild 2

Verbraucherpreisinflation in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Januar 2006 bis Juli 2022, in %



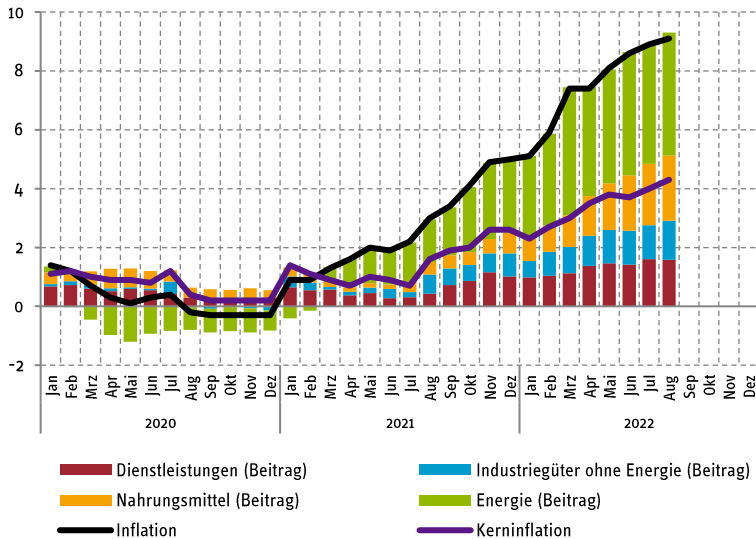
Quellen: BIZ, Macrobond, eigene Berechnungen.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Schaubild 3

Harmonisierter Verbraucherpreisindex für den Euro-Raum

Januar 2019 bis August 2022, Inflation in %, Wachstumsbeiträge in %-Punkten



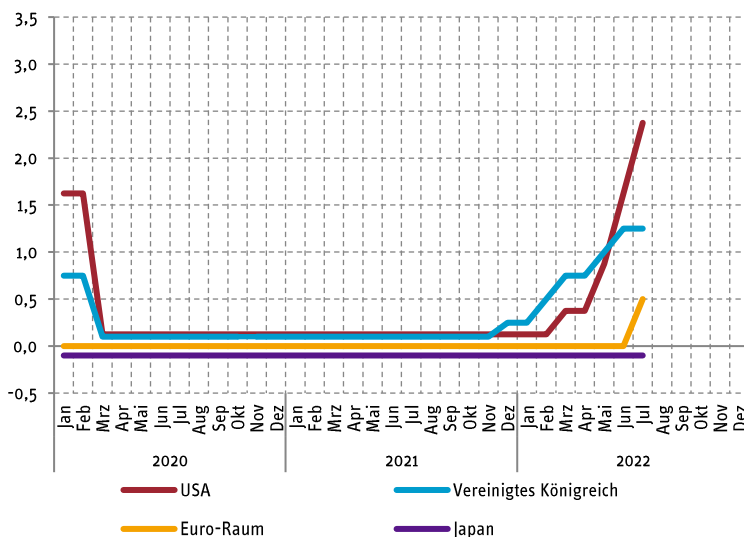
Beiträge zur Inflation für August 2022: vorläufige Werte aus der Schnellschätzung von Eurostat, Quellen: Eurostat, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die meisten Zentralbanken haben die Geldpolitik bereits in unterschiedlichem Ausmaß gestrafft. Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) zunächst zögerlicher als die Zentralbanken etwa der USA und des Vereinigten Königreichs gewesen war, hat sie inzwischen ebenfalls mit Leitzinsanhebungen begonnen (Schaubild 4). Ein Grund für das vorsichtigere Agieren der EZB dürfte die zunehmende Spreizung der Staatsanleiherenditen im Euro-Raum gewesen sein, die sich nach der Ankündigung, im Juli die Leitzinsen anzuheben, gezeigt hatte. Die Risikoaufschläge gingen wieder zurück, nachdem die EZB ein neues Instrument zur Begrenzung der Risikoaufschläge beschlossen hatte. Dieses „Transmission Protection Instrument (TPI)“ sieht vor, dass das Eurosystem am Sekundärmarkt Wertpapiere aus Ländern kaufen kann, in denen eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen nicht durch länderspezifische Fundamentalfaktoren begründet ist. Ein entsprechender Beschluss soll auf der Analyse mehrerer Kriterien beruhen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die betreffenden Staaten eine solide Finanzpolitik verfolgen (Deutsche Bundesbank 2022). Die höheren Inflationserwartungen und die geldpolitische Straffung haben bereits die langfristigen Zinsen steigen lassen.

Schaubild 4

Leitzinsen der Zentralbanken in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Januar 2019 bis Juli 2022, in %



Quellen: BIZ, Macrobond.

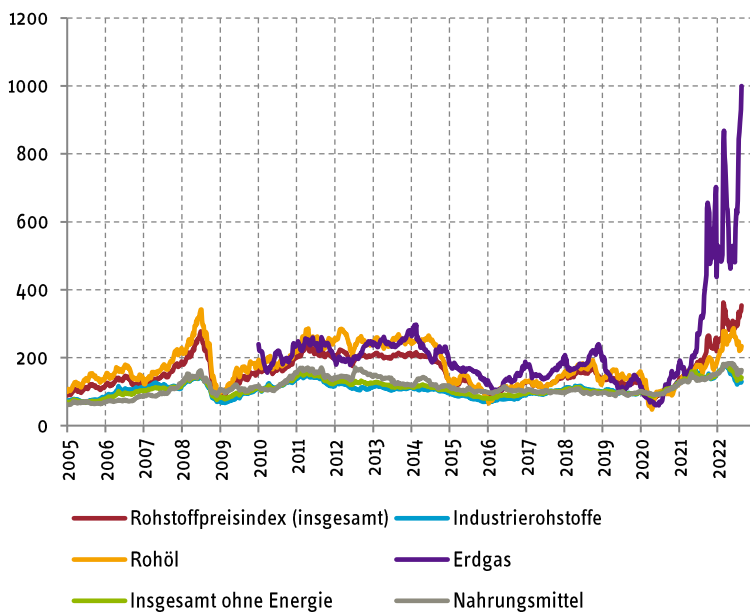
Zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen hat auch beigetragen, dass infolge der höheren Realzinsen und der sinkenden Gewinnerwartungen die Aktienkurse vielerorts nachgegeben haben. In den meisten Schwellenländern sind die Finanzierungsbedingungen inzwischen restriktiver als in früheren Phasen der geldpolitischen Straffung (IMF 2022). Wegen den Zinsanhebungen in den USA sehen sich die Schwellenländer auch Kapitalabflüssen ausgesetzt. Rohstoffexportierende Schwellenländer können aufgrund der hohen Preise (Schaubild 5) höhere Erlöse erzielen.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Schaubild 5

Rohstoffpreisindizes

Januar 2006 bis August 2022



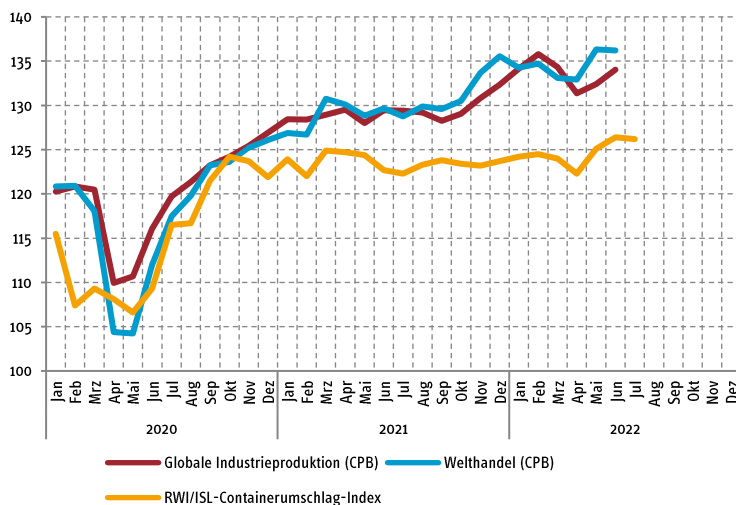
Quellen: HWWI, Macrobond.

Der Welthandel hat sich im ersten Halbjahr robuster entwickelt, als aufgrund der Belastungen durch den Krieg in der Ukraine und die wiederkehrenden Lockdowns in China zu erwarten gewesen wäre (Schaubild 6).

Schaubild 6

Industrieproduktion weltweit, Warenhandel und Containerumschlag

Januar 2019 bis Juli 2021



Quellen: CPB und RWI /ISL, Macrobond.

Im ersten Halbjahr legte der Warenhandel gemäß Daten des CPB um 2,5% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2021 zu. Nach einer kräftigen Expansion im Mai stagnierte der Welthandel im Juni. Dabei trat er vor allem in Europa auf der Stelle, während der Warenhandel in China noch von der Erholung von den früheren Lockdowns geprägt war. Dieses Bild wird auch vom RWI/ISL-Containerumschlagindex für Juli bestätigt, wonach sich in den europäischen Hafen die Störungen der Lieferketten und der eingeschränkte Handel mit Russland auswirken (RWI 2022).

Im Prognosezeitraum werden die Belastungsfaktoren für die Weltwirtschaft noch länger bestehen bleiben. Die in vielen Ländern hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Zudem belasten die Preissteigerungen bei Energierohstoffen die Industrieproduktion. Ein besonderes Problem stellt diesbezüglich der Gaspreis in Europa dar. Da sich Gas in Europa aufgrund der höheren Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland weitaus stärker verteuerte als in Nordamerika oder Asien, verschlechtert sich vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Durch die Einstellung der Gaslieferungen durch North Stream 1 erhöht sich in Europa auch das Risiko, dass es im Winter zu Engpässen bei der Gasversorgung kommt. Darüber hinaus werden die Lieferketten wohl auch im Prognosezeitraum durch die

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

strikte Null-Covid-Politik der chinesischen Regierung belastet. Dort schwächt sich auch durch die Probleme auf dem Immobilienmarkt die Konjunktur ab, was über den Nachfragekanal die Weltwirtschaft bremst. Die weltweite Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen lastet darüber hinaus auf den Investitionen. Erst im späteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Konjunktur wieder Fahrt aufnehmen, und mit sinkenden Rohstoffpreisen dürfte die Inflation die Zielwerte der Zentralbanken erreichen (Tabelle 2).

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Tabelle 2

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p
Europa						
EU-27	3,2	1,1	2,6	8,6	4,5	1,7
Euro-Raum-19	3,1	1,0	2,5	8,1	4,0	1,5
Deutschland	1,2	1,0	3,0	7,8	3,7	1,8
Frankreich	2,5	0,6	1,9	6,3	4,2	1,2
Italien	3,6	0,8	1,8	7,8	4,1	1,0
Spanien	4,5	0,9	2,2	10,0	4,1	1,1
MOEL ¹	4,2	2,1	3,5	13,4	10,5	3,7
Vereinigtes Königreich	3,2	-0,2	1,5	9,2	6,3	2,1
Russland	-6,0	-2,8	1,5	14,0	8,0	5,0
Amerika						
USA	1,6	1,0	1,6	8,0	3,7	2,1
Lateinamerika ²	2,8	1,7	1,7	18,8	15,5	8,5
Asien						
China ohne Hong Kong	2,9	5,0	4,6	2,3	2,3	1,9
Japan	1,4	1,5	0,9	2,2	1,5	0,8
Sonstige Länder ³	3,8	3,3	3,5	4,6	3,6	2,0
Indien	6,1	6,7	6,1	7,0	5,9	4,5
Insgesamt	2,5	2,2	2,7	6,9	4,2	2,3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	2,3	1,0	1,8	7,7	4,0	1,8
Schwellenländer	2,9	4,1	4,1	5,7	4,6	3,0
Welthandel⁵	4,2	2,2	3,0			
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁶	101,7	90,1	82,9			
Dollarkurs (\$/€)⁶	1,05	1,00	1,00			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2021. - ^p: Prognose. - ¹ MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. - ² Brasilien, Mexiko, Argentinien. - ³ Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. - ⁴ EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. - ⁵ Nach Definition des CPB. - ⁶ Jahresdurchschnitte.

In den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften fehlen im Prognosezeitraum finanzpolitische Impulse, da die Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie auslaufen. In Europa wirken die Mittel aus dem Wiederaufbauprogramm

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

„Next Generation EU“ dem entgegen. Zudem wurden in vielen Ländern Transferzahlungen an private Haushalte zur Abfederung des Realeinkommensentzugs durch die hohe Teuerung beschlossen.

Für Russland ist für dieses Jahr eine schwere Rezession zu erwarten. Dämpfend wirken sowohl der private Konsum aufgrund sinkender Realeinkommen als auch eine schwache Investitionstätigkeit infolge des Abzugs ausländischen Kapitals. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung wohl weiter zurückgehen.

Die Risiken für den weltwirtschaftlichen Ausblick bleiben hoch. Eine abrupte Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland nach Europa würde eine tiefe Rezession auslösen. Eine weitere Eskalation des Krieges könnte auch den Energiepreisen weitere Schübe verleihen. Zudem besteht die Gefahr, dass sich höhere Inflationserwartungen verfestigen und in eine Lohn-Preis-Spirale münden, worauf die Zentralbanken mit einer deutlich stärkeren geldpolitischen Straffung reagieren müssten. Das könnte auch die globalen Finanzmärkte belasten. Zudem ist nicht auszuschließen, dass bereits die erfolgte und absehbare geldpolitische Straffung die Realwirtschaft stärker belastet als für diese Prognose unterstellt. Darüber hinaus besteht nach wie vor das Risiko, dass neue Varianten des Corona-Virus entstehen, die noch pathogener als die bisherigen sind und den Impfschutz umgehen, so dass neue Lockdowns notwendig werden. Wie der Konflikt um Taiwan gezeigt hat, bestehen darüber hinaus geopolitische Risiken.

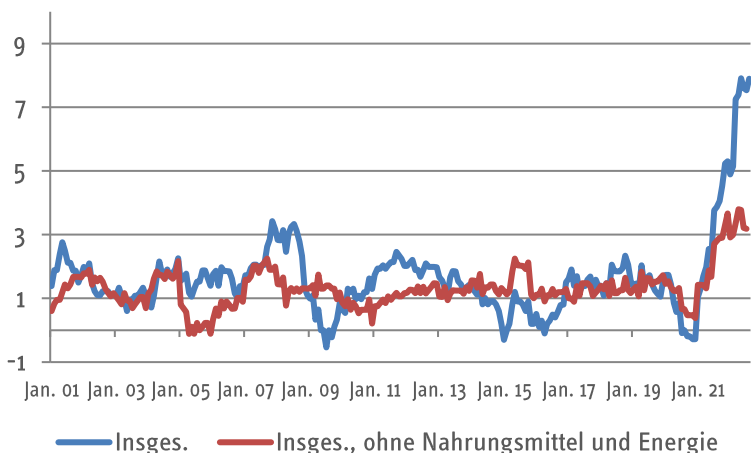
2. Kräftiger Preisanstieg belastet die Konjunktur

Die Belastungen der deutschen Wirtschaft haben im Verlauf dieses Jahres deutlich zugenommen. Vor allem im Zuge des Krieges in der Ukraine sind die Preise für Energie und Nahrungsmittel weiter kräftig gestiegen (Schaubild 7). Zudem verteuern sich auch viele andere Waren und Dienstleistungen, so dass eine schnelle Abschwächung des Preisauftriebs nicht zu erwarten ist. Durch den breit angelegten Preisauftrieb wird die Wirtschaftsaktivität belastet, da sich die Produktion vieler Unternehmen dramatisch verteuert und diese Kostensteigerungen nur zum Teil an die Kunden weitergegeben werden können. Zudem müssen die privaten Haushalte kräftige Kaufkraftverluste hinnehmen und ihren Konsum entsprechend einschränken.

Schaubild 7

Verbraucherpreisentwicklung

Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Eigene Berechnungen nach Angaben von Destatis.

Darüber hinaus ist derzeit die Verunsicherung von Unternehmen und Haushalten sehr groß, insbesondere über die Verfügbarkeit von Gas im Winterhalbjahr. Die Lieferungen aus Russland wurden inzwischen wohl komplett eingestellt, wodurch sich das Risiko von Engpässen in der Gasversorgung deutlich erhöht hat.

Nach Simulationen der Bundesnetzagentur (2022) sind, ausgehend von einem durchschnittlichen Verbrauch in den vergangenen Jahren, in den kommenden Wintermonaten deutliche Einsparungen sowohl beim inländischen Gasverbrauch als

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

auch bei den Gasexporten notwendig, um eine Gasmangellage zu vermeiden. Unter der Annahme, dass die Durchleitung von Gas durch Nord Stream 1 vollständig eingestellt wird, würde die bisher schon ambitionierte Reduktion des inländischen Gasverbrauchs um 20% nicht ausreichen, um eine Gasmangellage im Winter zu vermeiden. Entweder müsste in Deutschland der Gasverbrauch noch stärker reduziert werden oder es müssten zusätzliche Importkapazitäten, wie neue LNG-Terminals, geschaffen werden. Diese Perspektive für den Winter dürfte zu einer erheblichen Verunsicherung der Verbraucher von Gas führen, welche die Wirtschaftsaktivität belastet.

Auch die internationalen Lieferketten sind nach wie vor angespannt, so dass bei der heimischen Produktion weiterhin Materialien und Rohstoffe nicht in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind. So reichen die Produktionskapazitäten in einigen Bereichen, wie Halbleitern, immer noch nicht aus, um die Nachfrage zu bedienen. Dies wird auch derzeit wohl dadurch erschwert, dass viele Unternehmen begonnen haben, Läger für wichtige Materialien aufzubauen, wodurch die Nachfrage nach diesen Produkten zusätzlich erhöht wird. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass bei den Ausrüstungsinvestitionen weiterhin eine deutliche Lücke zum Vorkrisenniveau besteht.

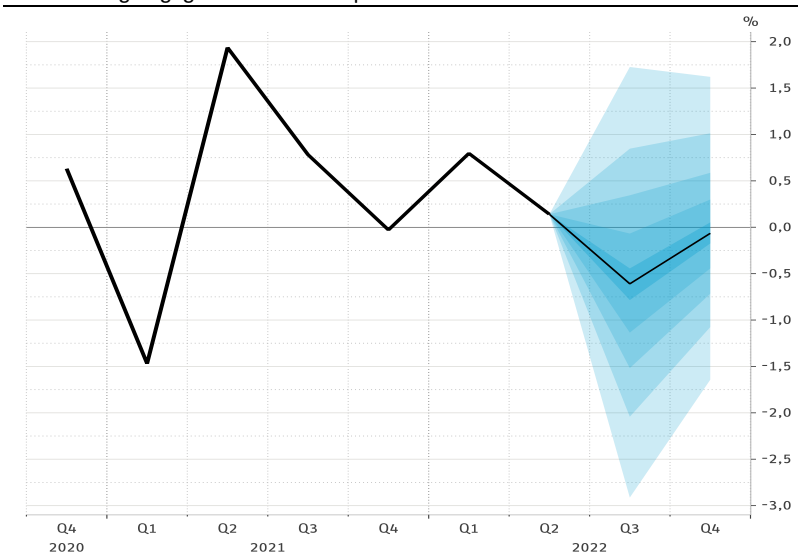
Eine Besonderheit im zweiten Quartal war, dass die Bauinvestitionen kräftig gesunken sind. Dies war zum Teil eine Reaktion auf die deutliche Ausweitung im ersten Quartal. Allerdings hat auch die Teuerung in dieser Branche kräftig zugenommen. Mit einer Rate von mehr als 7% erreichte der Deflator der Bauinvestitionen den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Dagegen wurde der private Konsum nach dem Wegfall der Corona-Beschränkungen recht deutlich ausgeweitet. Allerdings wäre der Anstieg ohne den Kaufkraftentzug wohl noch deutlich kräftiger gewesen. Der private Konsum dürfte derzeit auch von der recht robusten Entwicklung am Arbeitsmarkt gestützt werden. All dies hat dazu geführt, dass das BIP im zweiten Quartal mit einem Zuwachs von 0,1% gegenüber dem Vorquartal kaum ausgeweitet wurde.

Für das laufende Quartal zeichnet sich eine Verstärkung der belastenden Faktoren ab. So haben sich eine Reihe von Indikatoren, insbesondere die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten weiter verschlechtert. Unser aktueller Nowcast für das dritte Quartal 2022 weist auf einen deutlichen Rückgang der Produktion hin (Schaubild 8). Auch für das vierte Quartal deutet sich ein weiterer Rückgang an.

Schaubild 8

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell.

3. Konjunkturerholung erst ab dem Frühjahr

Die Belastungen der deutschen Wirtschaft dürften in den kommenden Monaten zunächst noch weiter zunehmen. Das Ende der Gaslieferungen aus Russland erhöht das Risiko, dass die im Winter steigende Gasnachfrage durch das Angebot nicht gedeckt werden kann. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die zunehmende Gasnachfrage im Winter dazu führt, dass die Preise noch weiter steigen und so den Auftrieb der Verbraucherpreise verstärken. Dabei wird angenommen, dass die Einsparungen bei den privaten Haushalten und den Unternehmen zusammen mit einer Reduzierung der Gasexporte aus Deutschland und zusätzliche Importe ausreichen, dass es zu keiner gravierenden Rationierung von Gas kommt. Darüber hinaus wird angenommen, dass die zu erwartende Corona-Infektionswelle zu keinen größeren Einschränkungen der Wirtschaftsaktivität führt.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Zusätzlich werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel wird in diesem Jahr zunächst von den erneuten Lieferengpässen gedämpft, die aber in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen. Insgesamt erwarten wir für dieses Jahr einen Zuwachs des Welthandels von 4,2%. Im kommenden Jahr dürfte er mit 2,2% und im Jahr 2024 mit 3,0% expandieren.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) der in der ersten Jahreshälfte 2022 stark gestiegen war, ist inzwischen wieder etwas gesunken. Die Termin-Kontrakte deuten darauf hin, dass die Ölpreise im Prognosezeitraum weiter zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir in diesem Jahr einen Ölpreis von 101,7 US-Dollar je Barrel. Im kommenden Jahr wird der Preis im Jahresdurchschnitt auf 90,1 US-Dollar je Barrel und im Jahr 2024 auf 82,9 US-Dollar je Barrel sinken.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,0 US-Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes dürften im Prognosezeitraum stärker steigen als in den vergangenen Jahren. In diesem Jahr ist ein Anstieg um 2,3% zu erwarten. In den kommenden beiden Jahren dürfte der Zuwachs mit jeweils 3,6% bzw. 3,1% deutlich höher ausfallen.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) wird den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte noch bis zum Frühjahr des kommenden Jahres auf 2,0% anheben und danach auf diesem Niveau konstant lassen.
- Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr aufgrund des deutlichen Rückgangs des Finanzierungsdefizits restriktiv. Im Jahr 2023 ist sie in etwa neutral und im Jahr 2024 expansiv, da der Finanzierungssaldo in etwa unverändert ist, die Konjunkturkomponente jedoch steigt.

Selbst in dem Fall, dass es zu keiner Rationierung der Gasversorgung im Winter kommt, dürften sowohl die negativen Impulse der kräftig gestiegenen Gaspreise und vieler anderer Preise wie auch die nach wie vor bestehenden Lieferengpässe im Produzierenden Gewerbe dazu führen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr zurückgeht. Auch für den Beginn des kommenden Jahres ist durch die anhaltende Gasknappheit noch keine vollständige Erholung zu erwarten. Erst wenn im Frühjahr die Nachfrage nach Gas sinkt und die Entspannung der Lieferketten nach und nach spürbarer wird, dürfte die Produktion wieder deutlicher ausgeweitet werden. Im Jahr 2024 dürften sich die Zuwachsraten des BIP wieder denen des Produktionspotenzials annähern. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass das BIP in diesem Jahr um 1,1% ausgeweitet wird (Schaubild 9). Damit revidieren wir

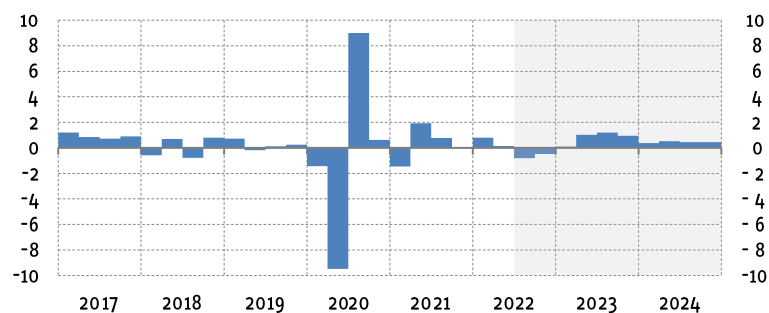
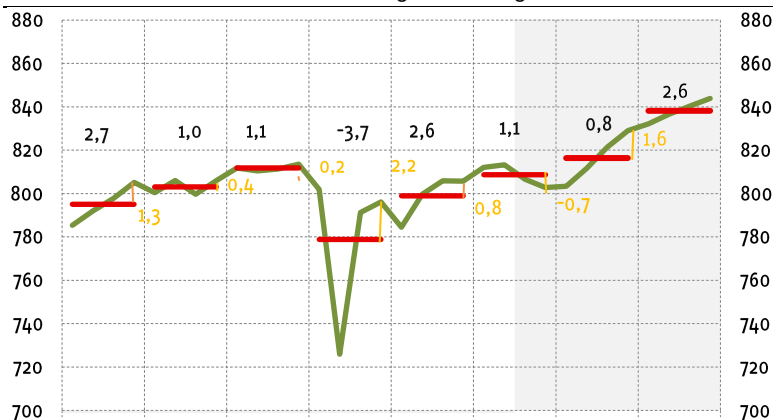
RWI Konjunkturbericht 73 (3)

unsere Prognose vom Juni um 0,8%-Punkte nach unten. Für das kommende Jahr erwarten wir einen Anstieg des BIP von 0,8% und für das Jahr 2024 von 2,6% (Tabelle 3).

Schaubild 9

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2017 bis 2024; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



- Bruttoinlandsprodukt in Mrd. €
- Jahresdurchschnitt in Mrd. €
- | Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr
- | Statistische Unter-/Überhänge
- Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem dritten Quartal 2022 eigene Prognose.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle 3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2021 bis 2024; in %

	2021	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p
Statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	-0,7	1,6
Jahresverlaufsrate ²	1,2	-0,4	3,3	1,8
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,2	1,0	2,7
Kalendereffekt ³	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Durchschnittliche Veränderung	2,6	1,1	0,8	2,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Das größte Risiko für diese Prognose geht von der Verfügbarkeit von Gas während des kommenden Winters aus. Wie die Berechnungen der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022) und der Bundesnetzagentur (2022) veranschaulichen, erhöht der vollständige Stopp der Gaslieferungen aus Russland die Wahrscheinlichkeit einer Rationierung im kommenden Winter deutlich. Sollte es nicht gelingen, dass die Unternehmen und insbesondere auch die privaten Haushalte den Gasverbrauch rechtzeitig deutlich reduzieren, würde es zu einer spürbaren Rationierung von Gas und damit zu weiteren deutlichen Einschränkungen der Produktion kommen.

Auch mit der Corona-Pandemie ist nach wie vor ein Risiko für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verbunden. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigen, dass sich Virusvarianten weltweit sehr schnell verbreiten können. Bei einem zunehmenden Infektionsgeschehen besteht weiterhin das Risiko, dass sich Varianten bilden, die zu schweren Verläufen führen, so dass erneut Einschränkungen des Wirtschaftslebens notwendig werden würden.

Schließlich ist mit der aktuellen Geldpolitik ein realwirtschaftliches Risiko verbunden, da die geldpolitische Reaktion auf die steigenden Inflationsraten umso stärker ausfallen muss, je später sie einsetzt. Wenn die geldpolitische Straffung demnach langsamer ist oder geringere Effekte auf die Inflation hat, weil beispielsweise die Inflationserwartungen persistenter sind als in dieser Prognose unterstellt, würden die negativen realwirtschaftlichen Wirkungen deutlich stärker ausfallen.

3.1 Nachholeffekte beim Dienstleistungshandel schwächen sich ab

Im zweiten Quartal hat sich der Außenhandel trotz der hohen Preissteigerungen (insbesondere bei den Importgütern) und der nachlassenden Konjunktur robust gezeigt: So haben die Warenexporte um 0,6% und die Warenimporte um 1,4% zugenommen. Für das dritte Quartal deuten zahlreiche Frühindikatoren an, dass die schwache Industrieproduktion und die nachlassende Binnennachfrage zu einem Rückgang des Warenhandels führen dürften. Wir gehen davon aus, dass die Warenexporte um 0,6% und die Wareneinfuhren um 1,1% zurückgehen. Im vierten Quartal werden die Exporte voraussichtlich nochmals leicht zurückgehen und die Importe etwas ausgeweitet werden.

Die Dienstleistungseinfuhren sind im vergangenen Quartal mit 2,3% gegenüber dem Vorquartal noch recht deutlich ausgeweitet worden. Hier machen sich nach wie vor die Lockerungen der Corona-Beschränkungen bemerkbar. Dies dürfte sich auch in der zweiten Jahreshälfte mit ähnlichen Raten fortsetzen. Im Unterschied dazu sind die Dienstleistungsausfuhren im zweiten Quartal überraschend gesunken. Da auch hier noch Nachholpotenzial besteht, dürften die Dienstleistungsexporte allerdings im dritten und vierten Quartal ausgeweitet werden.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Exporte im laufenden Jahr um 1,3% steigen werden. Im kommenden Jahr dürften sich die Warenexporte im Zuge der im Frühjahr einsetzenden konjunkturellen Erholung etwas beleben. Die Dienstleistungen dürften allmählich den Aufholprozess von den Corona-Einbruch abgeschlossen haben. Für das Jahr 2023 erwarten wir daher einen Zuwachs der Exporte von 1,8% und für das Jahr 2024 von 2,9%. Die Importe steigen im Zuge der kräftigen Erholung der Dienstleistungen in diesem Jahr um 5,3%. Der Nachholeffekt nach den Corona-Beschränkungen dürfte dann auch bei den Importen auslaufen. Für das Jahr 2023 erwarten wir eine Ausweitung um 2,3% und für das Jahr 2024 um 3,0%.

3.2 Ausrüstungsinvestitionen vor schwachem Winter

Bei den Ausrüstungsinvestitionen ist für den weiteren Jahresverlauf mit einem Rückgang zu rechnen. Ein Grund ist, dass die Lieferengpässe nach jüngsten Daten auch im dritten Quartal weiterhin sehr ausgeprägt sind. Hinzu kommt nun, dass die Nachfrage durch schlechtere Finanzierungsbedingungen für Investitionen gedämpft werden dürfte. Nach einer Dekade niedriger Zinsen stiegen die (nominalen) Effektivzinsen für gewerbliche Nichtbanken zuletzt sprunghaft an. Des Weiteren dämpfen schwache gewerbliche Kfz-Neuzulassungen und die allgemeine Industriekonjunktur das Geschäftsklima der Investitionsgüterproduzenten.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Lieferengpässe zunehmend überwunden werden. Zudem werden im Zuge der Verwendung des Sondervermögens der Bundeswehr die öffentlichen Investitionen im militärischen Bereich voraussichtlich spürbar steigen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen die Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Prognosezeitraum dämpfen. Alles in allem rechnen wir für dieses Jahr mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 0,9%. Im Jahr 2023 dürften sie dann um 0,7% und im Jahr 2024 um 4,4% ausgeweitet werden.

3.3 Bauinvestitionen leiden unter steigenden Preisen

Die Bauinvestitionen dürften im Jahresverlauf weiter zurückgehen. Nachfrageseitig scheinen die hohen Preise, verbunden mit steigenden Zinsen, zusehends dämpfend zu wirken. So mehrten sich zuletzt die Berichte über Auftragsstornierungen und die Auftragseingänge waren nach aktuellen Daten über alle Sparten hinweg deutlich abwärtsgerichtet. Gleichzeitig blieben die Baubeeinträchtigungen insgesamt im dritten Quartal auf einem sehr hohen Niveau, obwohl sich die Materialengpässe deutlich entspannt haben.

Auch im weiteren Prognosezeitraum dürften die erschwerten Finanzierungsbedingungen dämpfend wirken. So ist die Nachfrage nach Immobilienkrediten schwach und weitere Zinsanhebungen der EZB sind zu erwarten. Auch die Baugenehmigungen gaben zuletzt über alle Sparten hinweg nach, am deutlichsten im gewerblichen Nichtwohnungsbau.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 1,9% zurückgehen, im kommenden Jahr dann, bedingt durch den negativen statistischen Überhang, noch einmal um 1,6%. Im Jahr 2024 dürften die Bauinvestitionen dann um 2,1% ausgeweitet werden.

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Tabelle 4

RWI-Konjunkturprognose vom September 2022

2021 bis 2024, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p	Änderung zum Juni		
					2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,1	0,8	2,6	-0,3	-0,8	-1,9
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	1,4	3,6	1,3	2,6	0,3	-0,2	-1,7
Private Haushalte ²	0,4	3,9	1,6	3,6	0,1	-1,5	-2,1
Staat	3,8	2,9	0,8	0,3	0,9	2,6	-0,9
Anlageinvestitionen	1,2	-0,4	-0,1	3,0	0,1	-2,3	-4,3
Bauten	0,0	-1,9	-1,6	2,1	0,0	-3,8	-3,7
Ausrüstungen	3,5	0,9	0,7	4,4	0,2	-1,4	-7,4
Sonstige Anlagen	1,0	1,8	3,4	3,3	0,4	0,6	-1,1
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,5	0,3	0,0	0,0	-0,6	-0,2	0,4
Inländische Verwendung	1,9	2,9	1,0	2,7	-0,3	-1,0	-1,9
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,8	-1,6	-0,2	0,0	0,0	0,2	-0,1
Ausfuhr	9,7	1,3	1,8	2,9	0,1	0,1	-1,8
Einfuhr	9,0	5,3	2,3	3,0	-0,1	-0,3	-1,7
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 980	45 560	45 804	45 880	62	-7	-50
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 613	2 422	2 528	2 484	0	135	271
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,7	5,3	5,5	5,3	0,0	0,3	0,6
Verbraucherpreise ⁶	3,1	7,3	3,5	1,6	0,0	0,4	0,9
Lohnstückkosten ⁷	0,6	3,7	4,0	1,1	0,0	0,9	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-134,3	-45,2	-49,3	-27,6	-3,4	8,2	-13,0
in % des nominalen BIP	-3,7	-1,2	-1,2	-0,7	-0,1	0,2	-0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	265,0	146,7	148,4	165,5	0,0	1,3	-5,4
in % des nominalen BIP	7,4	3,8	3,7	3,9	-0,1	-0,1	-0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ¹⁰Abweichungen rundungsbedingt möglich. - ^pEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Kasten 1

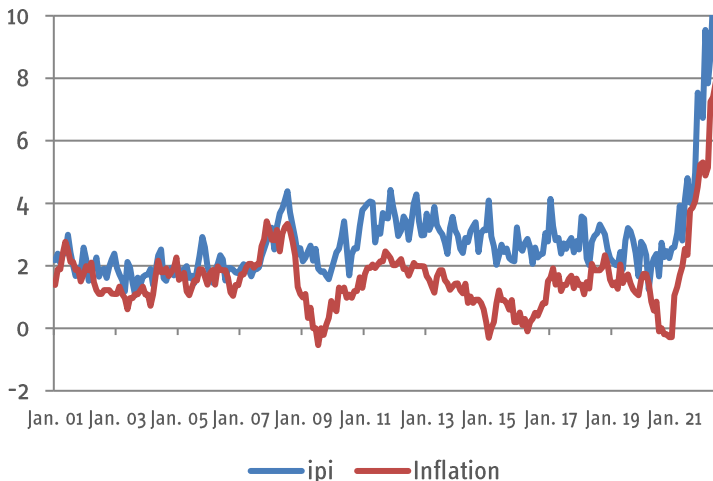
Berichterstattung über Inflation und Inflationserwartungen der privaten Haushalte

Für die Geldpolitik ist die Frage nach der Erwartungsbildung von Unternehmen und privaten Haushalten von großer Bedeutung. Eine naheliegende Vorgehensweise der privaten Haushalte ist, dass sie ihre Inflationserwartungen so lange beibehalten, bis es Hinweise gibt, dass sich die Inflationsdynamik deutlich ändert. Dies kann zum einen durch Beobachtungen bei den eigenen Einkäufen, zum anderen durch die Berichterstattung in den Medien geschehen.

Der Zusammenhang zwischen der Medienberichterstattung und den Preisänderungserwartungen der privaten Haushalte wird mit Hilfe eines neu konstruierten Indikators der Inflationswahrnehmungen (IPI) untersucht (Müller et al. 2022). Zur Berechnung des Inflationswahrnehmungsindikators werden drei Millionen Zeitungsartikel verwendet, die zwischen Januar 2001 und Juli 2022 veröffentlicht wurden. Die Artikel wurden nach den Begriffen „Inflation“, „Teuerung“, „Geldentwertung“ und „Preissteigerung“ durchsucht. Der Indikator spiegelt wider, in wie vielen Artikeln pro Monat einer oder mehrere dieser Suchbegriffe vorkam. Dieser Indikator weist einen deutlichen Gleichlauf mit der Inflation in Deutschland auf.

IPI-Indikator und Inflation

Januar 2001 bis Juli 2022



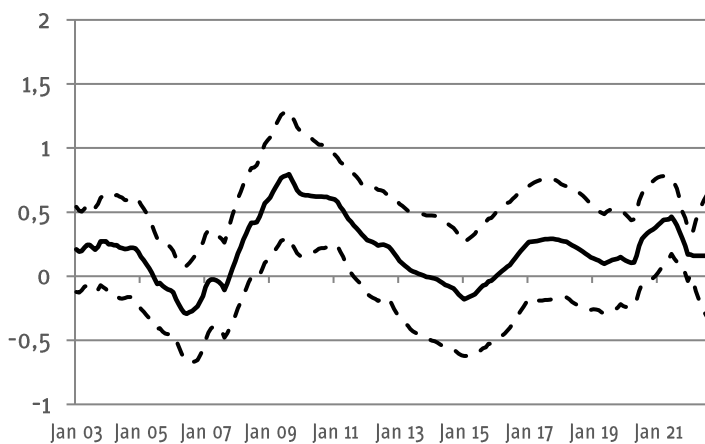
Eigene Berechnungen nach Angaben von Destatis und DoCMA. Inflation: Veränderungen des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat in %.

Um den Zusammenhang des IPI-Indikators mit den Inflationserwartungen der privaten Haushalte zu untersuchen, wurde eine Gleichung mit zeitvariablen Parametern geschätzt, in der die Inflationserwartungen aus der Konsumentenbefragung der Europäischen Kommission durch den IPI erklärt wird. Die zeitvariablen Parameter berücksichtigen, dass sich der Zusammenhang im Zeitverlauf verändern kann. So ist zu erwarten, dass die privaten Haushalte ihre Inflationserwartungen stärker auf die Berichterstattung stützen, wenn sich die Inflationsrate deutlich ändert.

Die geschätzten Werte des Parameters der Preiserwartungen der privaten Haushalte sind im folgenden Schaubild zusammen mit Konfidenzintervallen mit zweimal der Standardabweichung dargestellt, um die statistische Signifikanz des Zusammenhangs zu veranschaulichen. Es zeigt sich, dass der IPI in der Phase nach der Finanzkrise 2008/2009 und in der aktuellen Phase steigender Energiepreise einen signifikanten Zusammenhang mit den Inflationserwartungen der privaten Haushalte aufweist. Dies kann als Hinweis darauf interpretiert werden, dass sich die privaten Haushalte in Zeiten starker Preisänderungen in den Medien über aktuelle Entwicklungen informieren und dies in die Erwartungsbildung einfließen lassen.

Koeffizienten der Preiserwartungen der privaten Haushalte

Januar 2003 bis Juli 2022



Eigene Berechnungen.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

3.4 Große Konsumzurückhaltung bei privaten Haushalten

Im ersten Halbjahr dieses Jahres stieg der reale private Konsum noch moderat an. Doch die stark steigenden Verbraucherpreise und das Risiko einer Gasknappheit im bevorstehenden Winter belasten den privaten Konsum. So lag das GfK-Konsumklima jüngst auf einem historischen Tiefstand, insbesondere, weil die privaten Haushalte eine hohe Sparneigung aufweisen, um künftig höhere Energiekosten stemmen zu können. Auch die Anschaffungsneigung ist zuletzt leicht gesunken, da die Verbraucher zu weiten Teilen mit sinkenden Reallöhnen rechnen müssen. Die neuesten Maßnahmen aus den Entlastungspaketen der Bundesregierung können für einige Haushalte als existenzsichernd angesehen werden, dürften aber angesichts der großen Unsicherheit kaum merklich konsumstimulierend wirken, nachdem einige frühere Instrumente auch schon ausgelaufen sind. Die Einschränkungen im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Pandemie und einer etwaigen Winterwelle dürften den privaten Konsum kaum zusätzlich belasten.

Der private Konsum dürfte bis ins Frühjahr 2023 negative Quartalswachstumsraten aufweisen. Ab dem zweiten Quartal, wenn sich der Preisauftrieb abschwächt, kann damit gerechnet werden, dass der reale Konsum wieder spürbar aufholt und im zweiten Halbjahr 2023 das Niveau vor der Coronakrise erreicht. Im Jahr 2024 dürfte sich der Anstieg fortsetzen, allerdings mit etwas geringeren Wachstumsraten über die Quartale. Auf die Jahre gesehen ergeben sich für den realen Konsum der privaten Haushalte Wachstumsraten von 3,9% im laufenden Jahr, 1,6% im Jahr 2023 und 3,6% im Jahr 2024.

3.5 Moderate Ausweitung des Staatskonsums

Im ersten Halbjahr 2022 waren starke Zuwächse des realen Staatskonsums zu beobachten. Gründe hierfür waren nicht zuletzt Ausgaben für Impfungen und Tests gegen das Corona-Virus sowie die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Für das zweite Halbjahr gehen wir von einem Rückgang des Staatskonsums aus, da mit weniger Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu rechnen ist. 2023 rechnen wir mit einem moderaten Zuwachs des Staatskonsums. Zwar dürften weniger Corona-bezogene Ausgaben getätigt werden, dafür dürften aber vermehrt medizinische Behandlungen, die wegen der Pandemie verschoben worden waren, anfallen. 2024 fällt der Anstieg des Staatskonsums noch einmal geringer aus, da Ausgaben für Tests und Impfungen sowie zur Unterstützung von Krankenhäusern nochmals zurückgehen dürften. Zudem werden wohl weniger Ausgaben für Flüchtlinge aus der Ukraine anfallen.

4. Rückgang der Produktion bis zum kommenden Frühjahr

Der schwachen Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal liegen auch weiterhin sehr unterschiedliche Entwicklungen bei den Dienstleistungen und im Verarbeitenden Gewerbe zugrunde. Vor allem bei den kontaktintensiven Dienstleistungen wurde die Wirtschaftsaktivität spürbar ausgeweitet, da im Zuge der hohen Immunisierung der Bevölkerung und der Ausbreitung der im Vergleich zu zuvor vorherrschenden Corona-Varianten weniger pathogenen Omikron-Variante eine umfassende Öffnung des öffentlichen Lebens stattfand. Allerdings waren auch in diesen Bereichen belastende Effekte durch die stark gestiegenen Preise sowie die damit zusammenhängende Unsicherheit spürbar. Im Verarbeitenden Gewerbe, das zudem weiterhin unter angespannten Lieferketten, Materialengpässen und Fachkräftemangel leidet, überwogen die Abwärtskräfte. Die Bruttowertschöpfung nahm in diesem Wirtschaftsbe- reich gegenüber dem Vorquartal um 0,5% ab.

Bis zum Jahresende ist mit einem weiteren Rückgang der Bruttowertschöpfung zu rechnen. Die anhaltend hohe Inflation und das Risiko einer beschränkten Gasverfüg- barkeit dürften zunehmend auch die Dienstleistungsbereiche beeinflussen. Zudem ist zu erwarten, dass aufgrund der gestiegenen Zinsen die Produktion von Investiti- onsgütern zurückgeht. Nicht zuletzt ist wegen der Abkühlung des internationalen Umfelds mit einem Rückgang der Exporte zu rechnen, welche die Produktion im zweiten Quartal noch gestützt haben. Aktuelle Indikatoren, wie der Lkw-Mautindex und Unternehmensumfragen unterstützen diese Einschätzung. Wir erwarten daher, dass die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal um 0,8% und im vierten Quartal um 0,5% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zurückgeht.

Im ersten Halbjahr des kommenden Jahres werden die belastenden Faktoren weiterhin Bestand haben. Gleichwohl erwarten wir, dass sich die Lieferengpässe im Laufe des kommenden Jahres weiter lösen werden. Im Produzierenden Gewerbe, das weiterhin einen hohen Auftragsbestand aufweist, könnte die Produktion dann rascher ausgeweitet werden. Zudem dürften die stärker steigenden Löhne zu einer stärkeren Nachfrage nach Dienstleistungen führen.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle 5

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2021,1 bis 2022,4; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,5	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1	-0,8	-0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,6	1,1	1,6	-1,0	1,6	-0,3	-0,8	-0,5
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,4	0,3	-0,7	0,8	-0,2	-0,4	-1,4	-0,7
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,0	-0,1	-0,8	0,7	-0,1	-0,5	-1,5	-0,7
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-3,7	2,8	-0,1	0,9	-0,8	-0,1	-1,0	-0,5
Baugewerbe (F)	-6,1	3,7	-2,8	-1,8	3,2	-2,4	-1,0	-0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-2,3	1,6	5,8	-0,8	2,1	-1,5	-1,0	-0,5
Information und Kommunikation (J)	0,7	1,0	0,2	0,9	1,4	1,5	0,0	-0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,2	0,3	0,7	-0,6	4,3	0,4	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,1	0,7	0,2	0,0	0,9	0,0	-0,5	-0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,2	4,0	1,0	-0,4	1,2	2,0	-1,0	-0,5
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,1	-0,1	2,3	-2,7	2,9	-0,8	-0,5	-0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	2,2	1,2	12,3	-10,2	5,3	1,0	0,0	-1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, 4. Quartal 2020 Prognose des RWI. - ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

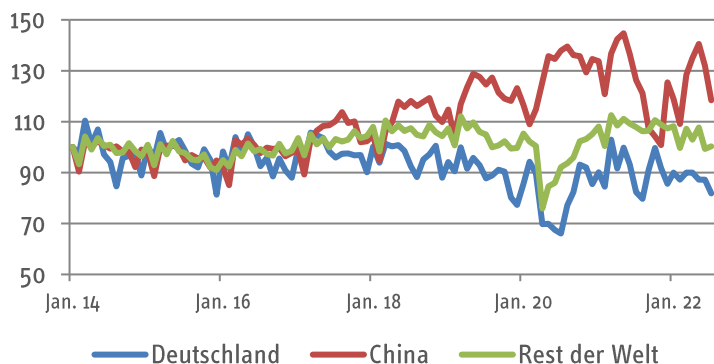
Kasten 2

Stahlindustrie unter Druck

Die Stahlindustrie steht weltweit aufgrund der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, der sich nur langsam auflösenden Lieferengpässe und des schwächer werdenden konjunkturellen Umfelds zunehmend unter Druck. So nahm die weltweite Stahlproduktion im Zeitraum Januar bis Juli 2022 um 5,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ab. Im Juli wurden 149,3 Mrd. Tonnen Rohstahl erzeugt, was einem Rückgang von 6,5% gegenüber dem Vorjahreswert entspricht. Von den fünf größten Rohstahl produzierenden Ländern konnte im Juli 2022 nur in Indien die Produktion gegenüber dem Vorjahreswert ausgeweitet werden.

Stahlproduktion

2014,1 bis 2022,7; Jan. 2014 = 100

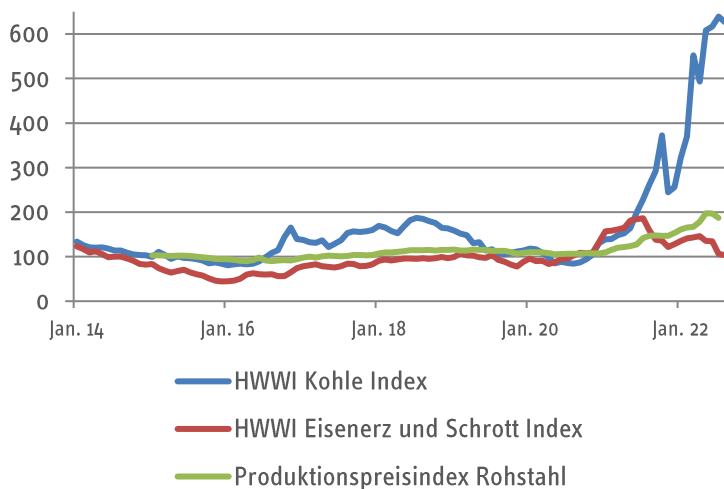


Eigene Berechnungen nach Angaben von Worldsteel.

In Deutschland sind die nominalen Umsätze der Stahlproduzenten im ersten Halbjahr 2022 trotz des Produktionsrückgangs deutlich gestiegen. Anscheinend ist es den Unternehmen gelungen, zumindest einen Teil der kräftig gestiegenen Produktionskosten an die Kunden weiterzugeben. Vor allem ist der Preis für Kohle in Folge des Krieges in der Ukraine stark gestiegen. Dagegen sind die Preise für Eisenerz und Schrott deutlich weniger gestiegen. Der Preis für den Hauptausgangsstoff des Stahls nahm seit Beginn der Corona-Krise zu und erreichte seinen Hochpunkt im Juli 2021 (+105% gegenüber dem Vorkrisenniveau).

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Entwicklung der Preise von Vorprodukten und der Produktionspreise
2020 = 100



Eigene Darstellung nach Angaben des HWWI.

Die stark gestiegenen Strom- und Gaspreise stellen inzwischen für die energieintensive Stahlindustrie eine große Belastung dar. Während sich die Stahlerzeugung weiter verteuert, können die gestiegenen Kosten aufgrund der zurückgehenden Nachfrage in Folge des schwächeren konjunkturellen Umfelds zunehmend schlechter an die Abnehmer weitergegeben werden. Die Auftragseingänge, die seit Februar 2022 sinken, verdeutlichen den Rückgang der Nachfrage nach Produkten der Stahlindustrie. Aus diesem Grund kam es bereits zu ersten Werksstilllegungen. Insgesamt ist der Produktionsindex im Stahlgewerbe im zweiten Quartal 2022 um 3,7% gegenüber dem Vorquartal gesunken. Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte sich der Rückgang der Stahlproduktion fortsetzen. Aktuelle Umfragen unter Unternehmen der Stahlbranche bezüglich der Geschäftserwartung der nächsten 6 Monate bekräftigen diese Einschätzung.

5. Beschäftigung stagniert

Der deutsche Arbeitsmarkt, der insgesamt sehr robust durch die Corona-Krise gekommen ist, scheint allmählich an Aufwind zu verlieren. Indikatoren für die Stimmung am Arbeitsmarkt, wie das IAB Arbeitsmarktbarometer, das ifo Beschäftigungsbarometer und der BA-X der Bundesagentur für Arbeit, sind zwar noch im positiven

Bereich, allerdings seit Juni gesunken. Dieser Wendepunkt in der Einstellungsbereitschaft der Unternehmen dürfte darin begründet sein, dass der Krieg in der Ukraine und die turbulente Lage im Energiesektor für große Unsicherheiten sorgen. Manche Unternehmen fürchten sogar, wieder von Kurzarbeit Gebrauch machen zu müssen.

Dennoch stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Inland am aktuellen Rand weiter an, wenngleich deutlich schwächer als noch zu Beginn des Jahres. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung macht den größten Teil des Zuwachses aus, die Zahl der Selbständigen sank hingegen. Im Juni und Juli des laufenden Jahres kam es zu einem sprunghaften Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit, da seitdem die (arbeitslosen) Geflüchteten aus der Ukraine in diese Kategorie fallen.

Im Spannungsfeld zwischen Fachkräftemangel und Zurückhaltung wegen der Energiekrise dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Halbjahr 2022 und zu Beginn des Jahres 2023 nur leicht steigen. Auch über den übrigen Prognosezeitraum ist wegen der demografischen Entwicklung nur mit geringen Zuwächsen zu rechnen. Ende 2024 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen sogar rückläufig sein. Die Arbeitslosenquote dürfte durch den Flüchtlingseffekt im dritten Quartal 2022 von 5,1% auf 5,5% steigen und im Prognosezeitraum in etwa auf diesem Niveau verharren.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz

2018 bis 2024; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2018	2019	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P	2024 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61.945	62.127	59.249	60.281	61.498	62.217	62.578
Erwerbstätige Inland	44.866	45.277	44.915	44.980	45.560	45.804	45.880
Erwerbstätige Inländer	44.727	45.133	44.821	44.866	45.427	45.664	45.740
Selbständige	4.225	4.160	4.056	3.958	3.905	3.879	3.840
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	24	23	21	20	18	16	15
Arbeitnehmer (Inland)	40.641	41.117	40.859	41.022	41.656	41.925	42.040
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.964	33.518	33.579	33.897	34.502	34.708	34.784
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.671	4.579	4.290	4.101	4.114	4.164	4.182
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3.261	3.172	3.488	3.368	3.161	3.221	3.122
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2.340	2.267	2.695	2.613	2.422	2.528	2.484
Aktivierung und berufliche Eingliederung	191	210	173	173	159	147	147
Berufliche Weiterbildung	166	181	181	178	168	152	130
„Ein-Euro-Jobs“	94	98	100	97	93	85	77
Gründungszuschuss	21	20	18	17	16	15	14
Kurzarbeiter	118	145	2.939	1.852	630	145	145
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	3.306	3.220	4.705	4.254	3.362	3.265	3.165
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,2	5,0	5,9	5,7	5,3	5,5	5,3
Erwerbslosenquote ⁴	3,0	2,8	3,3	3,3	2,8	2,8	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

6. Reallöhne längerfristig durch Inflation gedämpft

Wegen der hohen Inflationsraten sind die Reallöhne im Durchschnitt zuletzt gesunken. Besonders infolge des Preisanstiegs bei Energie und Lebensmitteln dürfte die Inflation noch über einen längeren Zeitraum die Reallöhne drücken, obwohl die

Löhne nominal kräftig anziehen. In den laufenden Tarifverhandlungen stehen Forderungen nach deutlichen Lohnerhöhungen im Raum, jedoch stellen die Verhandlungsparteien bei den durchwachsenen konjunkturellen Aussichten auch die Arbeitsplatzsicherung in den Vordergrund. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns dürfte sich bei mehreren Millionen Arbeitnehmern positiv bemerkbar machen und zudem in höhere Lohngruppen ausstrahlen.

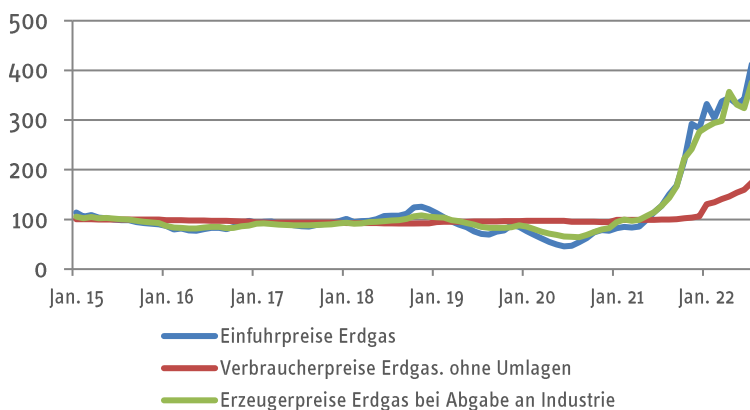
Die Tariflöhne dürften im Jahr 2022 um 2,3% und in den Jahren 2023 und 2024 um 3,6% bzw. 3,1% steigen. Bei den Effektivverdiensten ist eine noch größere Zunahme zu erwarten. Der Anstieg dürfte im Jahr 2022 bei 4,0% liegen, gefolgt von 4,2% und 3,2% in den Jahren 2023 bzw. 2024.

7. Preisanstieg verstärkt sich vorübergehend weiter

Der erneute Anstieg vor allem der Energiepreise hat die Inflationsrate auf ein Niveau steigen lassen, das seit vielen Jahren in Deutschland nicht mehr zu beobachten war. Die steigenden Gaspreise werden an Großunternehmen relativ rasch weitergegeben (Schaubild 10), so dass die Produktionskosten in diesen Betrieben kräftig gestiegen sind. In dem Maße, wie die Unternehmen diese Preissteigerungen an die Kunden weitergeben können, steigen dadurch auch die Preise in anderen Bereichen. Im Unterschied dazu sind die Gaspreise vieler Haushalte vertraglich für längere Zeiträume festgelegt und können nur in größeren Abständen – in den meisten Fällen jährlich – angepasst werden. Aus diesem Grund sind die Gaspreise für private Haushalte bisher in deutlich geringerem Maße gestiegen. Da viele Gasanbieter die Preise zu Jahresbeginn anpassen, ist Anfang kommenden Jahres noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise für Erdgas zu erwarten. Aber auch in den Folgemonaten werden weitere Preisanpassungen stattfinden, so dass diese Preise im kommenden Jahr noch weiter steigen werden.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Schaubild 10
Preisentwicklung für Erdgas
2015 bis 2022; 2015 = 100



Destatis

Die Gasverteuerung sowie die Auswirkung der steigenden Energiepreise durch die Produktionsketten werden die Inflationsraten bis zum Anfang des kommenden Jahres steigen lassen. Mit dem Ende der Heizperiode dürfte der Rückgang der Nachfrage aber für eine gewisse Entlastung sorgen. Zudem sind die Preise für Öl und einige andere Rohstoffe bereits wieder gesunken. Angesichts der sich abschwächenden Konjunktur dürften diese Preise tendenziell weiter zurückgehen, so dass sich der Preisauftrieb im Verlauf des kommenden Jahres abschwächen dürfte. Allerdings ist erst im Jahr 2024 mit einem deutlichen Rückgang der Inflationsraten zu rechnen. Die Inflationsrate dürfte im Durchschnitt dieses Jahres 7,3% betragen. Für das kommende Jahr ist dann eine durchschnittliche Inflationsrate von 3,5% und für das Jahr 2024 von 1,6% zu rechnen.

8. Finanzpolitik annähernd neutral

Im laufenden Jahr gehen die Staatsausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlich zurück. Gleichzeitig mindern eine Reihe von Transferzahlungen an Haushalte und Steuersenkungen, die als Reaktion auf die steigenden Gas- und sonstigen Energiepreise vorgenommen werden, den staatlichen Finanzierungssaldo (Tabelle 7). In Summe ist die Finanzpolitik im gesamten Prognosezeitraum ausweislich der Maßnahmenmethode in etwa neutral ausgerichtet.

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Tabelle 7

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2022	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Senkung Umsatzsteuer Gas und Energiesteuer	-4,4	-0,7	3,0
Senkung Einkommensteuer, Erhöhung Kinderfreibetrag	0,0	-10,0	-7,0
Ausweitung der CO ₂ -Besteuerung	1,6	0,0	2,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-16,1	-10,3	0,1
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhungen ALV-Satz und Zusatzbeitrag KV 2023	0,0	6,3	0,0
Erhöhung Beitrag PV Kinderlose 2022	0,2	0,0	0,0
Erhöhung der Minijobgrenze 2022, Gleitzone 2023	-0,2	-1,2	0,0
Erhöhung Insolvenzgeldumlage um 0,3 Prozentpunkte	-0,3	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Einführung Bürgergeld	0,0	-2,4	-0,3
Erhöhung Kindergeld und Kinderzuschlag	-0,1	-3,2	0,0
Einmalzuschlag an SGB-II-Empfänger	-0,3	0,0	0,0
Zahlung von 300 Euro an Arbeitnehmer (netto)	-8,8	8,8	0,0
Gebäuförderer	-2,5	-7,3	-0,4
Heizkostenzuschuss an Wohngeldempfänger	-1,5	1,5	0,0
Einmalzahlungen an Rentner und Studenten	-6,6	6,6	0,0
Kinderbonus 2021 und 2022	0,8	1,4	0,0
Coronabonus für Grundsicherungsempfänger 2021	0,9	0,0	0,0
9-Euro-Ticket und Subvention ÖPNV	-2,5	-0,5	-0,5
Schutzausrüstung, Schnelltests und Impfkampagne	5,0	5,0	0,0
Corona-bezogene Unternehmenshilfen	37,0	5,0	0,0
Gute-Kita-Gesetz	-0,5	0,0	0,0
Pflegebonus	-1,0	1,0	0,0
Erhöhung Eigenkapital Bahn und Senkung Trassenpreise	3,4	0,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung			
Einmalzahlung an ALG-Empfänger	-0,1	0,1	0,0
Angleichung Rentenwert Ost	-0,5	-0,5	-0,5
Grundrente	-1,8	0,9	0,0
Wiedereinführung Nachholfaktor	+1,2	0,0	0,0
Insgesamt	6,0	2,5	-7,6
In Relation zum nominalen BIP in Prozent	0,2%	0,1%	-0,2%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr, ³Inklusive Auswirkung auf Steuereinnahmen und Ausgaben für Transfers

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte im Jahr 2022 mit gut 45 Mrd. Euro deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr (134 Mrd. Euro.). Trotz einer Reihe einnahmемindernder Maßnahmen (Tabelle 7) dürften die Staatseinnahmen im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung kräftig zulegen. Die EEG-Umlage wurde zur Jahresmitte abgeschafft und das EEG-Umlagekonto dürfte dem Staat zufallen. Dies führt zu einmaligen Mehreinnahmen von etwa 17 Mrd. Euro.

Die Staatsausgaben steigen im Jahr 2022 trotz der umfangreichen einmaligen Transfers an Haushalte wegen des Auslaufens vieler Corona-krisenbezogener Maßnahmen nur geringfügig. So dürften weniger Unternehmenshilfen als noch im Vorjahr fließen.

Im Jahr 2023 dürfte das Finanzierungsdefizit geringfügig auf gut 49 Mrd. Euro steigen. Die Staatseinnahmen verzeichnen nur einen geringen Zuwachs, denn eine Tarifverschiebung der Einkommensteuer als Inflationsausgleich dürfte die Steuereinnahmen merklich mindern. Gleichzeitig fällt der Einmaleffekt der Abschaffung der EEG-Umlage weg. Die Staatsausgaben werden voraussichtlich ebenfalls nur moderat steigen, weil Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Gaspreis-Krise zurückgenommen werden.

Im Jahr 2024 dürfte das staatliche Finanzierungsdefizit merklich auf knapp 28 Mrd. Euro zurückgehen. Die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Coronavirus dürften weiter fallen, so dass die Staatsausgaben nur moderat steigen. Gleichzeitig rechnen wir mit einem deutlichen Zuwachs der Steuereinnahmen.

Die Ausrichtung der Finanzpolitik ausweislich der Saldenmethode ergibt sich aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos (Tabelle 8). Danach ist die Finanzpolitik im Jahr 2022 aufgrund des deutlichen Rückgangs des Finanzierungsdefizits restriktiv. Im Jahr 2023 ist sie in etwa neutral und im Jahr 2024 expansiv. Zwar geht das Finanzierungsdefizit zurück, die Konjunkturkomponente steigt jedoch.

Tabelle 8

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P	2024 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-1,2	-1,2	-0,7
-Konjunkturkomponente ¹	-2,0	-1,2	-1,2	-1,4	-0,5
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,4	-2,5	0,0	0,2	-0,1
-Einmaleffekte ²	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,4	-2,5	0,1	0,2	-0,1
+Zinsausgaben	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
=struktureller Primärsaldo	-1,7	-1,9	0,7	0,7	0,4

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ²Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial,

Literatur

Bundesnetzagentur (2022), Gas-Szenarien, Bonn.

Deutsche Bundesbank (2022), Monatsbericht August. Frankfurt a.M.

IMF (2022), World Economic Outlook Update. Gloomy and More Uncertain. July 2022.

Müller, H., T. Schmidt, J. Rieger, L.M. Hufnagel und N. Hornig, N. (2022), "A German Inflation Narrative - How the Media frame Price Dynamics: Results from a RollingLDA Analysis", DoCMA Working Paper #9. doi: 10.17877/de290r-22632

RWI (2022), RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Weiterhin Impulse für den Welt-handel aus China. Pressemitteilung vom 29.07.2022.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,1	0,8	2,6
Bruttowertschöpfung (A-T)	2,7	1,1	0,8	2,6
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	4,5	-1,3	0,4	3,5
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	5,1	-1,4	0,4	3,7
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	1,1	-0,3	0,4	2,6
Baugewerbe (F)	-1,4	-1,3	-0,1	3,4
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	2,8	2,8	1,5	3,1
Information und				
Kommunikation (J)	3,6	3,3	1,3	1,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,3	4,7	0,8	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	0,8	0,1	1,1
Unternehmensdienstleister (M-N)	4,4	3,1	1,1	2,4
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,0	0,9	0,6	2,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,6	-3,9	1,6	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Real.

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,5	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1	-0,8	-0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,6	1,1	1,6	-1,0	1,6	-0,3	-0,8	-0,5
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,4	0,3	-0,7	0,8	-0,2	-0,4	-1,4	-0,7
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-1,0	-0,1	-0,8	0,7	-0,1	-0,5	-1,5	-0,7
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-3,7	2,8	-0,1	0,9	-0,8	-0,1	-1,0	-0,5
Baugewerbe (F)	-6,1	3,7	-2,8	-1,8	3,2	-2,4	-1,0	-0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-2,3	1,6	5,8	-0,8	2,1	-1,5	-1,0	-0,5
Information und Kommunikation (J)	0,7	1,0	0,2	0,9	1,4	1,5	0,0	-0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,2	0,3	0,7	-0,6	4,3	0,4	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,1	0,7	0,2	0,0	0,9	0,0	-0,5	-0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,2	4,0	1,0	-0,4	1,2	2,0	-1,0	-0,5
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,1	-0,1	2,3	-2,7	2,9	-0,8	-0,5	-0,2
Sonstige Dienstleister (R-T)	2,2	1,2	12,3	-10,2	5,3	1,0	0,0	-1,5
	2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,0	1,2	0,9	0,4	0,5	0,4	0,4
Bruttowertschöpfung (A-T)	0,1	1,0	1,5	0,9	0,5	0,4	0,4	0,3
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	0,0	1,2	1,9	1,4	0,7	0,4	0,4	0,4
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,0	1,3	2,0	1,5	0,8	0,4	0,4	0,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	0,2	0,8	1,0	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Baugewerbe (F)	0,0	0,9	2,0	1,3	0,8	0,3	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	0,4	1,9	2,0	1,0	0,4	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation (J)	0,0	1,0	1,0	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,0	0,2	0,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,0	1,0	1,3	0,8	0,4	0,4	0,4	0,2
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,0	0,8	1,3	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	0,0	1,3	2,5	1,5	0,4	0,4	0,4	0,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2021; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung		Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 258,6	2 215,0	374,9	668,6	-
2	- Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	-
3	= Nettowertschöpfung	2 553,6	1 807,8	287,1	458,8	-191,6
4	- Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 913,7	1 381,2	294,4	238,1	17,0
5	- Gel. s. Produktionsabgaben	35,3	25,1	0,5	9,7	-
6	+ Empf. s. Subventionen	94,5	72,0	0,1	22,4	-
7	= Betriebsüberschuss u.Ä.	699,2	473,5	-7,7	233,3	-208,6
8	+ Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 918,0	-	-	1 918,0	12,7
9	- Gel. Subventionen	111,6	-	111,6	-	4,7
10	+ Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	392,8	-	392,8	-	7,5
11	- Gel. Vermögenseinkommen	603,0	564,8	20,8	17,5	212,9
12	+ Empf. Vermögenseinkommen	729,2	382,8	15,2	331,2	86,6
13	= Primäreinkommen	3 024,6	291,6	267,9	2 465,1	-319,3
14	- Gel. Eink.- u. Verm.steuern	473,5	110,2	-	363,3	12,0
15	+ Empf. Eink.- u. Verm.steuern	485,0	-	485,0	-	0,5
16	- Gel. Sozialbeiträge	775,3	-	-	775,3	4,2
17	+ Empf. Sozialbeiträge	775,4	140,9	633,7	0,9	4,1
18	- Gel. mon. Sozialleistungen	684,7	72,9	610,9	0,9	0,2
19	+ Empf. mon. Sozialleistungen	676,5	-	-	676,5	8,4
20	- Gel. s. lauf. Transfers	394,2	210,9	90,4	92,9	72,2
21	+ Empf. s. lauf. Transfers	338,2	186,9	30,1	121,2	128,3
22	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	-266,6
23	- Konsumausgaben	2 571,3	-	797,5	1 773,8	-
24	+ Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-58,7	-	58,7	-
25	= Sparen	400,6	166,7	-82,2	316,0	-266,6
26	- Gel. Vermögenstransfers	102,2	18,2	68,1	15,9	8,4
27	+ Empf. Vermögenstransfers	93,3	48,7	20,3	24,3	17,3
28	- Bruttoinvestitionen	838,9	492,6	93,4	252,9	-
29	+ Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	-
30	- Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-3,2	-2,7	-1,2	0,7	3,2
31	= Finanzierungssaldo	261,0	114,5	-134,3	280,7	-261,0
Nachrichtlich:						
32	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	-266,6
29	+ Soziale Sachleistungen	-	-	-509,7	509,7	-
34	= Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 971,9	225,4	205,6	2 540,9	-266,6

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 444,8	2 322,1	393,7	729,1	-
2 - Abschreibungen	796,6	454,6	96,0	246,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 648,2	1 867,5	297,7	483,0	-68,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 012,7	1 451,6	305,8	255,3	18,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	34,6	24,3	0,4	9,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	41,0	34,6	0,2	6,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	642,0	426,2	-8,3	224,0	-86,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 016,8	-	-	2 016,8	14,2
9 - Gel. Subventionen	48,6	-	48,6	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	420,5	-	420,5	-	9,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	772,2	733,6	21,6	17,0	222,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	900,2	509,1	14,6	376,5	94,6
13 = Primäreinkommen	3 158,6	201,7	356,7	2 600,3	-196,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	507,8	126,8	-	381,0	13,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	520,5	-	520,5	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	803,5	-	-	803,5	4,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	803,7	142,2	660,5	0,9	4,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	719,8	73,8	645,1	0,9	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	711,7	-	-	711,7	8,5
20 - Gel. s. lauf. Transfers	406,2	218,5	92,9	94,8	69,3
21 + Empf. s. lauf. Transfers	345,2	201,4	30,8	113,0	130,2
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 102,5	126,3	830,5	2 145,7	-139,8
23 - Konsumausgaben	2 810,6	-	852,1	1 958,5	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-58,5	-	58,5	-
25 = Sparen	291,9	67,8	-21,5	245,6	-139,8
26 - Gel. Vermögenstransfers	93,9	21,0	56,3	16,6	8,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	84,8	20,6	37,8	26,3	17,2
28 - Bruttoinvestitionen	948,6	561,4	102,4	284,9	-
29 + Abschreibungen	796,6	454,6	96,0	246,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,5	1,0	-1,1	0,7	-0,5
31 = Finanzierungssaldo	130,2	-40,3	-45,2	215,8	-130,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 102,5	126,3	830,5	2 145,7	-139,8
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-543,3	543,3	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 102,5	126,3	287,2	2 689,0	-139,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 603,2	2 407,9	406,6	788,7	-
2 - Abschreibungen	843,8	480,1	100,8	263,0	-
3 = Nettowertschöpfung	2 759,4	1 927,8	305,8	525,7	-71,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 111,0	1 523,2	314,1	273,6	19,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	34,9	24,4	0,4	10,1	-
6 + Empf. s. Subventionen	30,7	27,9	0,2	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	644,2	408,1	-8,5	244,6	-90,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 114,8	-	-	2 114,8	15,8
9 - Gel. Subventionen	39,4	-	39,4	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	434,8	-	434,8	-	9,6
11 - Gel. Vermögenseinkommen	815,2	776,1	22,1	17,0	229,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	948,6	563,6	15,2	369,8	95,6
13 = Primäreinkommen	3 287,7	195,6	380,0	2 712,1	-203,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	504,3	128,5	-	375,8	12,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	516,6	-	516,6	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	840,8	-	-	840,8	4,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	841,2	143,6	696,8	0,9	4,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	728,6	76,6	651,2	0,9	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	720,3	-	-	720,3	8,7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	421,1	226,4	97,9	96,8	66,8
21 + Empf. s. lauf. Transfers	354,5	203,6	33,6	117,3	133,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 225,6	111,3	877,8	2 236,4	-141,5
23 - Konsumausgaben	2 933,0	-	877,4	2 055,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-67,3	-	67,3	-
25 = Sparen	292,6	44,0	0,5	248,1	-141,5
26 - Gel. Vermögenstransfers	102,6	21,2	64,6	16,8	8,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	93,4	45,3	21,5	26,6	17,4
28 - Bruttoinvestitionen	994,9	592,9	108,5	293,5	-
29 + Abschreibungen	843,8	480,1	100,8	263,0	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,5	1,0	-1,1	0,7	-0,5
31 = Finanzierungssaldo	131,7	-45,6	-49,3	226,6	-131,7
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 225,6	111,3	877,8	2 236,4	-141,5
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-556,2	556,2	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 225,6	111,3	321,7	2 792,6	-141,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 794,2	2 555,3	433,0	805,9	-
2 - Abschreibungen	867,3	492,8	105,8	268,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 927,0	2 062,5	327,2	537,2	-85,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 192,0	1 581,4	335,7	274,9	20,7
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	40,1	29,5	0,4	10,3	-
6 + Empf. s. Subventionen	32,0	29,3	0,2	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	726,9	480,9	-8,7	254,7	-106,1
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 195,9	-	-	2 195,9	16,8
9 - Gel. Subventionen	41,0	-	41,0	-	5,0
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	450,5	-	450,5	-	9,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	831,2	792,0	22,1	17,0	240,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	975,5	583,9	15,8	375,7	96,5
13 = Primäreinkommen	3 476,6	272,8	394,6	2 809,3	-228,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	537,0	148,5	-	388,5	14,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	550,8	-	550,8	-	0,7
16 - Gel. Sozialbeiträge	873,5	-	-	873,5	5,3
17 + Empf. Sozialbeiträge	874,3	144,9	728,4	0,9	4,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	751,6	76,8	673,9	0,9	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	743,1	-	-	743,1	8,9
20 - Gel. s. lauf. Transfers	438,1	234,7	104,6	98,8	64,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	361,9	176,7	34,4	150,8	140,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 406,6	134,4	929,8	2 342,4	-158,6
23 - Konsumausgaben	3 068,5	-	905,3	2 163,1	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-73,5	-	73,5	-
25 = Sparen	338,1	60,9	24,5	252,8	-158,6
26 - Gel. Vermögenstransfers	105,5	21,4	67,1	17,0	8,3
27 + Empf. Vermögenstransfers	96,2	47,4	22,0	26,8	17,6
28 - Bruttoinvestitionen	1 046,7	627,6	113,9	305,2	-
29 + Abschreibungen	867,3	492,8	105,8	268,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,5	1,0	-1,1	0,7	-0,5
31 = Finanzierungssaldo	148,8	-49,0	-27,6	225,4	-148,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 406,6	134,4	929,8	2 342,4	-158,6
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-561,6	561,6	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 406,6	134,4	368,2	2 904,0	-158,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,1	1,3	0,5	0,2	0,6	0,4	0,3	0,1
Arbeitsvolumen	1,7	2,0	1,2	0,6	1,6	0,7	0,7	0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,6	0,7	0,6	0,4	1,0	0,3	0,4	0,5
Produktivität ¹	0,9	-0,9	-0,4	2,0	-2,3	1,5	2,5	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,1	0,8	2,6	-0,7	2,2	3,2	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 571,3	2 810,6	2 933,0	3 068,5	1 421,8	1 511,2	1 497,2	1 571,3
Private Haushalte ²	1 773,8	1 958,5	2 055,6	2 163,1	1 000,0	1 055,6	1 058,6	1 104,5
Staat	797,5	852,1	877,4	905,3	421,8	455,6	438,6	466,7
Anlageinvestitionen	783,8	865,9	907,5	957,7	436,9	470,6	462,5	495,1
Bauten	416,7	475,4	502,2	529,3	245,4	256,8	258,8	270,6
Ausrüstungen	229,4	245,7	253,0	268,2	119,6	133,4	128,2	140,0
Sonstige Anlageinvestitionen	137,7	144,8	152,3	160,1	71,9	80,4	75,6	84,5
Vorratsveränderung ³	55,1	82,8	87,4	89,1	51,9	35,5	53,0	36,0
Inländische Verwendung	3 410,2	3 759,3	3 927,9	4 115,2	1 910,6	2 017,3	2 012,7	2 102,4
Außenbeitrag	191,6	68,4	71,2	85,4	38,0	33,2	47,6	37,8
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	5,3	1,8	1,8	2,0	1,9	1,6	2,3	1,8
Exporte	1 693,9	1 916,7	2 021,2	2 103,7	999,3	1 021,9	1 040,9	1 062,8
Importe	1 502,4	1 848,3	1 950,0	2 018,3	961,3	988,7	993,2	1 025,0
Bruttoinlandsprodukt	3 601,8	3 827,7	3 999,1	4 200,6	1 948,5	2 050,6	2 060,4	2 140,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,5	9,3	4,4	4,6	3,6	5,1	5,3	4,0
Private Haushalte ²	3,5	10,4	5,0	5,2	4,7	5,2	5,9	4,6
Staat	6,6	6,8	3,0	3,2	1,3	4,6	4,0	2,4
Anlageinvestitionen	6,5	10,5	4,8	5,5	4,8	4,8	5,9	5,2
Bauten	8,3	14,1	5,6	5,4	6,4	4,9	5,4	5,4
Ausrüstungen	5,5	7,1	3,0	6,0	1,6	4,2	7,1	5,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,9	5,2	5,2	5,2	4,8	5,6	5,2	5,1
Inländische Verwendung	6,1	10,2	4,5	4,8	4,1	4,9	5,3	4,2
Exporte	15,6	13,2	5,4	4,1	6,5	4,4	4,2	4,0
Importe	18,0	23,0	5,5	3,5	7,9	3,3	3,3	3,7
Bruttoinlandsprodukt	5,8	6,3	4,5	5,0	3,5	5,4	5,7	4,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 333,0	2 416,1	2 448,2	2 513,0	1 196,5	1 251,7	1 236,5	1 276,6
Private Haushalte ²	1 627,5	1 690,6	1 716,8	1 779,2	837,9	879,0	874,3	904,8
Staat	703,6	723,8	729,6	732,2	357,8	371,8	361,3	370,9
Anlageinvestitionen	672,6	669,6	669,0	688,9	323,9	345,2	334,4	354,5
Bauten	328,7	322,4	317,4	324,1	156,3	161,1	159,5	164,7
Ausrüstungen	215,8	217,8	219,2	228,9	103,9	115,3	109,6	119,3
Sonstige Anlageinvestitionen	126,6	128,9	133,3	137,7	63,3	70,0	65,4	72,3
Inländische Verwendung	3 024,0	3 110,8	3 142,1	3 225,7	1 540,0	1 602,1	1 589,7	1 636,0
Exporte	1 572,5	1 593,5	1 621,5	1 669,1	804,9	816,6	828,6	840,5
Importe	1 395,8	1 469,7	1 503,5	1 548,5	741,1	762,4	763,9	784,6
Bruttoinlandsprodukt	3 203,8	3 240,2	3 264,8	3 350,9	1 606,0	1 658,7	1 656,7	1 694,2

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	3,6	1,3	2,6	- 0,1	2,7	3,3	2,0
Private Haushalte ²	0,4	3,9	1,6	3,6	0,1	2,9	4,4	2,9
Staat	3,8	2,9	0,8	0,3	- 0,5	2,1	1,0	- 0,3
Anlageinvestitionen	1,2	- 0,4	- 0,1	3,0	- 1,6	1,3	3,2	2,7
Bauten	0,0	- 1,9	- 1,6	2,1	- 3,4	0,3	2,1	2,2
Ausrüstungen	3,5	0,9	0,7	4,4	- 1,1	2,3	5,5	3,5
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	1,8	3,4	3,3	3,2	3,7	3,3	3,3
Inländische Verwendung	1,9	2,9	1,0	2,7	- 0,3	2,3	3,2	2,1
Exporte	9,7	1,3	1,8	2,9	1,1	2,4	2,9	2,9
Importe	9,0	5,3	2,3	3,0	2,2	2,4	3,1	2,9
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,1	0,8	2,6	- 0,7	2,2	3,2	2,1

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,1	6,3	3,4	1,5	4,5	2,2	1,4	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,7	3,9	2,1	2,8	1,8	2,4	3,0	2,7
Anlageinvestitionen	5,2	10,9	4,9	2,5	6,5	3,4	2,5	2,4
Bauten	8,3	16,3	7,3	3,2	10,2	4,6	3,3	3,1
Ausrüstungen	1,9	6,1	2,3	1,5	2,7	1,9	1,6	1,4
Exporte	5,4	11,7	3,6	1,1	5,3	2,0	1,2	1,0
Importe	8,3	16,8	3,1	0,5	5,5	0,9	0,2	0,7
Bruttoinlandsprodukt	3,1	5,1	3,7	2,3	4,2	3,1	2,5	2,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 465,1	2 600,3	2 712,1	2 809,3	1 335,8	1 376,3	1 389,7	1 419,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,5	358,6	376,2	396,0	180,5	195,7	189,8	206,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 570,6	1 658,1	1 738,6	1 799,9	826,9	911,6	860,8	939,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	583,5	597,4	613,4	328,4	269,0	339,1	274,3
Primäreinkommen der übr. Sektoren	559,5	558,4	575,6	667,4	244,9	330,8	296,9	370,5
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 024,6	3 158,6	3 287,7	3 476,6	1 580,6	1 707,1	1 686,5	1 790,1
Abschreibungen	704,9	796,6	843,8	867,3	419,4	424,5	430,6	436,7
Bruttonationaleinkommen	3 729,5	3 955,2	4 131,6	4 343,9	2 000,0	2 131,5	2 117,1	2 226,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 743,4	2 786,7	2 892,3	3 067,1	1 384,6	1 507,7	1 486,5	1 580,6
Arbeitnehmerentgelt	1 918,0	2 016,8	2 114,8	2 195,9	1 007,4	1 107,3	1 050,6	1 145,3
Unternehmens- und Verm.einkomm	825,4	770,0	777,6	871,2	377,2	400,4	435,9	435,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,0	5,5	4,3	3,6	3,5	5,1	4,0	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,2	4,9	5,3	3,7	6,0	5,2	5,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,6	4,8	3,5	4,8	4,9	4,1	3,0
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	3,3	4,0	4,2	3,2	4,1	4,3	3,7	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	6,7	2,4	2,7	0,0	5,4	3,3	2,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	23,9	- 0,2	3,1	15,9	- 4,5	9,6	21,2	12,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	6,3	4,4	4,1	5,7	2,1	6,0	6,7	4,9
Abschreibungen	6,5	13,0	5,9	2,8	8,5	3,5	2,7	2,9
Bruttonationaleinkommen	6,4	6,1	4,5	5,1	3,4	5,5	5,9	4,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,7	1,6	3,8	6,0	1,0	6,5	7,4	4,8
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,1	4,9	3,8	4,6	5,1	4,3	3,4
Unternehmens- und Verm.einkomm.	15,0	- 6,7	1,0	12,0	- 7,6	10,7	15,6	8,7

Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2022

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 595,4	1 685,6	1 753,5	1 834,0	838,8	914,7	877,4	956,6
Nettolöhne und -gehälter	1 062,6	1 118,2	1 179,5	1 239,2	556,2	623,3	585,3	654,0
Monetäre Sozialleistungen	676,5	711,7	720,3	743,1	355,5	364,8	366,0	377,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,7	144,3	146,3	148,3	72,9	73,4	73,9	74,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	583,5	597,4	613,4	328,4	269,0	339,1	274,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 111,3	- 123,4	- 114,5	- 104,9	- 59,8	- 54,7	- 53,6	- 51,3
Verfügbares Einkommen	2 031,2	2 145,7	2 236,4	2 342,4	1 107,4	1 129,0	1 162,9	1 179,5
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	58,7	58,5	67,3	73,5	32,8	34,5	36,3	37,2
Konsumausgaben	1 773,8	1 958,5	2 055,6	2 163,1	1 000,0	1 055,6	1 058,6	1 104,5
Sparen	316,0	245,6	248,1	252,8	140,2	107,9	140,6	112,2
Sparquote (%) ⁶	15,1	11,1	10,8	10,5	12,3	9,3	11,7	9,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	5,7	4,0	4,6	6,1	2,2	4,6	4,6
Nettolöhne und -gehälter	4,2	5,2	5,5	5,1	5,6	5,4	5,2	4,9
Monetäre Sozialleistungen	1,8	5,2	1,2	3,2	5,8	- 2,9	3,0	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	0,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	6,7	2,4	2,7	0,0	5,4	3,3	2,0
Verfügbares Einkommen	2,1	5,6	4,2	4,7	4,5	3,9	5,0	4,5
Konsumausgaben	3,5	10,4	5,0	5,2	4,7	5,2	5,9	4,6
Sparen	- 6,1	- 22,3	1,0	1,9	5,7	- 4,6	0,3	4,0

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	877,8	941,1	951,4	1 001,3	467,1	484,3	489,3	512,0
Nettosozialbeiträge	633,7	660,5	696,8	728,4	336,7	360,0	352,2	376,2
Vermögenseinkommen	15,2	14,6	15,2	15,8	7,6	7,6	7,9	7,9
Sonstige Transfers	30,1	30,8	33,6	34,4	11,5	22,1	11,8	22,6
Vermögenstransfers	20,3	37,8	21,5	22,0	9,3	12,2	9,5	12,4
Verkäufe	134,6	141,1	144,9	150,0	68,0	76,9	70,4	79,6
Sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,7	1 826,0	1 863,5	1 952,1	900,3	963,2	941,2	1 010,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	557,6	599,9	616,1	622,7	294,7	321,4	300,6	322,2
Arbeitnehmerentgelt	294,4	305,8	314,1	335,7	148,2	165,9	159,2	176,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	21,6	22,1	22,1	11,1	11,0	11,1	11,0
Subventionen	111,6	48,6	39,4	41,0	19,3	20,1	20,1	20,9
Monetäre Sozialleistungen	610,9	645,1	651,2	673,9	321,4	329,8	333,1	340,8
Sonstige laufende Transfers	90,4	92,9	97,9	104,6	46,1	51,9	49,3	55,3
Vermögenstransfers	68,1	56,3	64,6	67,1	27,0	37,5	28,2	38,9
Bruttoinvestitionen	93,4	102,4	108,5	113,9	46,5	62,0	49,2	64,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	- 1,2	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6
Insgesamt	1 846,0	1 871,3	1 912,7	1 979,7	913,8	999,0	950,1	1 029,6
Finanzierungssaldo	- 134,3	- 45,2	- 49,3	- 27,6	- 13,5	- 35,8	- 8,9	- 18,7

RWI Konjunkturbericht 73 (3)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	13,3	7,2	1,1	5,2	0,6	1,6	4,7	5,7
Nettosozialbeiträge	4,2	4,2	5,5	4,5	4,8	6,2	4,6	4,5
Vermögenseinkommen	- 22,2	- 4,0	4,2	4,2	4,3	4,0	4,3	4,1
Sonstige Transfers	23,1	2,4	9,0	2,5	2,8	12,5	3,0	2,2
Vermögenstransfers	31,0	86,3	- 43,3	2,3	4,4	- 57,9	2,6	2,0
Verkäufe	6,0	4,8	2,7	3,5	2,7	2,7	3,5	3,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,1	6,7	2,1	4,8	2,4	1,7	4,5	5,0
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	8,3	7,6	2,7	1,1	1,6	3,7	2,0	0,2
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,9	2,7	6,9	0,0	5,3	7,4	6,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 3,4	3,8	2,4	0,0	- 12,7	23,8	0,0	0,0
Subventionen	52,1	- 56,5	- 19,0	4,1	- 32,6	0,4	4,0	4,2
Monetäre Sozialleistungen	1,8	5,6	0,9	3,5	6,2	- 3,7	3,6	3,3
Sonstige laufende Transfers	9,5	2,8	5,4	6,8	4,4	6,4	7,0	6,6
Vermögenstransfers	41,4	- 17,4	14,8	3,9	18,6	12,1	4,3	3,6
Bruttoinvestitionen	0,2	9,6	6,0	5,0	6,0	6,0	5,8	4,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	1,4	2,2	3,5	2,4	2,0	4,0	3,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – 1Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – 2Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.– 4Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – 5Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.– 6Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – 7Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – 8Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.